

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 28. Dezember 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 149

### Die berufsgenossenschaftliche Statistik

Der Geschäftsbericht der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft für das Jahr 1919 bietet uns die neueste Übersicht über den Umfang und die Entwicklung des deutschen Buchdruckgewerbes, und zwar sowohl in Hinsicht auf die beschäftigte Personenzahl nach den verschiedenen Berufsgruppen, deren durchschnittliche Entlohnung, über Zahl und Größe der Betriebe und ihrer Bedeutung für die Arbeiterchaft sowie die Zahl der vorhandenen Setz- und Druckmaschinen. Da sowohl die hinter uns liegenden Kriegsjahre mit ihrer zwangsausführenden Beeinflussung der gewerblichen Produktion wie auch die anschließenden Revolutionsjahre ganz andere Verhältnisse geschaffen haben, die einen tiefergehenden Vergleich mit jenen vor dem Kriege nur rein scheinbar zulassen, so müssen wir uns auch diesmal darauf beschränken, nur die markantesten Ergebnisse, d. h. soweit sie für unsere gewerkschaftlichen Bestrebungen maßgebend sein können, hervorzuheben. Die eigentlichen Aufgaben der Berufsgenossenschaft, wie Unfallverhütung und Entschädigung der von Betriebsunfällen Betroffenen sollen anschließend besonders beleuchtet werden.

Fassen wir daher zunächst die Ergebnisse der berufsgenossenschaftlichen Statistik unter Berücksichtigung der Jahre 1913 (letztes Friedensjahr), 1917 (letztes volles Kriegsjahr), 1918 (Ende des Krieges mit Anfang der Revolution) und 1919 (als volles Jahr der auch heute noch nicht abgeschlossenen wirtschaftlichen und politischen Umwälzung) vergleichsweise zusammen, so ergeben sich für die Zahl der Betriebe, der versicherten Personen und deren durchschnittlichen Jahresverdienst folgende Siffern:

	1913	1917	1918	1919
Zahl der Betriebe	8494	8411	8364	8361
Zahl der versicherten Personen	186218	143821	144544	171628
Durchschnittl. Jahresverdienst pro Kopf der Versicherten	Mk. 1219	Mk. 1394	Mk. 1795	Mk. 3332

Zur annähernden Beurteilung der Kaufkraft des Jahresverdienstes wollen wir hier gleich einschalten, daß die Ernährungsindexzahlen als Kostenmaßstab für die Ernährung einer vierköpfigen Familie für die in Betracht kommenden Jahre folgende Siffern ergaben:

	1913	1917	1918	1919
Mk.	1336	2844	3066	3361

Es war demnach die Calwerische Indexzahl im Jahre 1913 um 9,6 Proz. höher als der durchschnittliche Jahresverdienst auf den Kopf eines Versicherten der Berufsgenossenschaft; im Jahre 1917 überstieg die Calwerische Indexzahl den durchschnittlichen Jahresverdienst um rund 100 Proz., im Jahre 1918 um 63 Proz. und im Jahre 1919 überstieg der Jahresverdienst nach der berufsgenossenschaftlichen Statistik dagegen die Calwerische Indexzahl um 1 Proz.; wobei jedoch zu beachten ist, daß die Calwerische Indexzahl nur die Ernährungsindex darstellt, die mit 50 bis 60 Proz. der Kosten der gesamten Lebenshaltung zu veranschlagen sind.

Werken wir zunächst einen Blick auf die übrigen Feststellungen bezüglich der Zahl der Betriebe und der Versicherten, so finden wir zwar im Laufe des Jahres 1919 Abnahme der Zahl der Betriebe um 329 und trotzdem eine starke Annäherung der Zahl der Versicherten an den Stand vom letzten Friedensjahre. Dieser Abnahme der Betriebe steht jedoch auch ein Zugang von 326 neuen Betrieben gegenüber, so daß eigentlich am Ende des Jahres nur drei Betriebe weniger vorhanden waren als am Jahresanfang. Der stärkste Zugang neuer Betriebe ist in den Sektionen II (Rheinland-Westfalen) mit 86 und VIII (Groß-Berlin) mit 63 zu verzeichnen; ihnen steht in den gleichen Sektionen ein Abgang von 34 bzw. 37 gegenüber. Bei der Abnahme der Betriebszahl ist zu berücksichtigen, daß der Hauptanteil des Rückganges auf die Sektion IV (Vorort Stuttgart) durch das Ausschneiden Elab-Bohrvorgängen mit 159 im Kataster gelösten Betrieben entfällt; diese Betriebe vertellen sich auf 55 Orte. Wieviel Versicherte in diesen elab-Bohrvorgängen Betrieben vorhanden waren, läßt sich aus der vorliegenden Statistik nicht ermitteln, da die

betreffende Sektion trotz dieser Betriebszahlverminderung eine Steigerung der Versichertenzahl um 1196 zu verzeichnen hat. Trotz dieser Einzelheiten vermerkt der Geschäftsbericht auf Seite 8 mit Recht: „Die Anzahl der Versicherten erfährt keine Veränderung“. Die Zahl der Versicherten war im Jahre 1919 noch um etwa 15000 niedriger als im letzten Friedensjahre (1913), läßt dagegen gegenüber dem Stande von 1918 eine Zunahme um über 25000 erkennen.

Die Zusammenlegung der Versicherten gibt uns Aufschluß über das ziffernmäßige Verhältnis zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern nach folgenden Hauptgruppen:

	1913 Proz.	1917 Proz.	1918 Proz.	1919 Proz.
Handsetzer	41 883 23	19 023 13	19 364 13	33 659 20
Maschinen-setzer	5 685 3	4 253 3	4 231 3	5 503 3
Drucker	15 332 8	7 408 5	7 654 5	13 132 8
Seherlehrer	11 971 6	11 156 7	10 879 7	11 203 6
Lehrlinge	6 004 3	5 911 4	5 947 4	5 846 3
Silberarbeiter	7 575 4	4 245 3	4 188 3	6 383 4
Andere Versicherte	13 952 7	13 430 9	13 527 9	15 127 9
Gesamt	83 316 46	78 395 56	78 744 56	80 775 47

Die vorstehende Zusammenstellung lehrt sowohl in sozialer wie wirtschaftlicher und politischer Hinsicht mancherlei. Die Zahl der Handsetzer ist im Vergleich zum letzten Friedensjahre prozentual wesentlich zurückgeblieben und wurde auch während des Krieges viel stärker in Mitleidenschaft gezogen. Das Verhältnis der Maschinensetzer blieb den Schwankungen der Gesamtzahl aller Versicherten angepasst, zeigt also auch bezüglich der privatkapitalistischen Verwertung der Produktionsmittel während des Krieges eine auffallende Beständigkeit. Bei den Druckern finden wir eine prozentuale Übereinstimmung im Vergleich des letzten Friedens- und des ersten Revolutionsjahres, während, d. h. während des Krieges, wurden ihre Reihen jedoch stark gelichtet. Die Zahl der Seherlehrer blieb ziemlich gleichmäßig; immerhin ist dabei zu beachten, daß deren Abnahme zwischen 1913 und 1919 nur etwas über 6 Proz. beträgt, während sich die Gesamtzahl der Versicherten um annähernd 9 Proz. verringerte und die Abnahme der Zahl der Handsetzer in der gleichen Periode beinahe 25 Proz. ausmacht. Bei den Druckern und deren Lehrlingszahl ergibt sich die gleich auffällige sozialpolitisch bedenkliche Stabilität, die hoffentlich in den nächsten Jahren durch die neue tarifliche Lehrlingskala eine gründliche Korrektur erfährt. Beim Silberpersonal zeigt sich ein wesentlicher Rückgang der männlichen Arbeitskräfte und eine auffällige Steigerung der weiblichen, was gleichfalls als eine soziale Schattenseite des Krieges zu werten ist.

Von wesentlicher Bedeutung für die Beurteilung des sozialen und wirtschaftlichen Aufbaues des deutschen Buchdruckgewerbes ist zweifellos seine Zusammenlegung nach Betriebsgrößen. Hierfür bietet der vorliegende Geschäftsbericht eine bis zum Jahre 1908 zurückgehende Übersicht, die wir der besseren Übersicht halber lediglich nach den Progenktellen jeder Größengruppe nachstehend zur Darstellung bringen.

#### Größengruppierung der Betriebe

Von je 100 Betrieben waren Betriebe mit		1908	1910	1913	1914	1915	1916	1918	1919
bis zu 2 Pers.		22	22	23	27	35	37	36	31
3 — 5 "		24	23	23	23	22	21	20	20
6 — 10 "		18	19	18	18	16	15	16	17
11 — 25 "		20	20	19	17	14	14	15	17
26 — 50 "		8	8	8	7	6	6	6	7
51 — 100 "		4	4	5	4	3	3	3	4
101 — 200 "		3	3	2	2	2	2	2	2
201 — 300 "		3	3	2	2	1	1	1	1
über 300 "		1	1	1	1	1	1	1	1
Gesamtzahl der Betriebe		7322	7720	8615	8700	8614	8503	8471	8690

Nach dieser Zusammenstellung sind der fünfte bis dritte Teil aller Betriebe im deutschen Buchdruckgewerbe sogenannte Zwergbetriebe mit höchstens zwei Versicherten, die Kleinbetriebe mit 3—5 Versicherten stellen ein ziemlich stabiles weiteres Fünftel dar, die mittleren Kleinbetriebe mit 6—10 Versicherten schwanken zwischen einem Sechstel und einem Siebentel, die kleinen Mittelbetriebe

(mit 11—25 Versicherten) zwischen einem Fünftel und einem Sechstel, die eigentlichen Mittelbetriebe (mit 26 bis 50 Versicherten) schwanken zwischen 6 und 8 Proz. aller Betriebe, die größeren Mittelbetriebe (mit 51—100 Versicherten) zwischen 3 und 5 Proz. und die Großbetriebe mit mehr als 100 Versicherten zwischen 1 und 3 Proz. Beachtenswert sind Veränderungen in der Gruppierung der Betriebsgrößen sind eigentlich nur für die Kriegsjahre erkenntlich, über deren Ursachen hier wohl kein Wort zu verlieren ist. Nach dem Kriege hat sich naturgemäß die Zahl der Zwergbetriebe wieder wesentlich gesenkt zugunsten des Anteils der nächstgrößeren Betriebsgruppen. Am stärksten wurden nach vorstehenden Progenktellen die Klein- und Mittelbetriebe durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen; doch ist auch hier zu beachten, daß die Staffelung der Betriebsgrößen nach der Zahl der Versicherten für die Mittel- und Großbetriebe einen viel weiteren Spielraum läßt als für die kleineren Betriebe, infolgedessen ihre statistische Verteilung in eine andere Betriebsgrößenklasse weit weniger schnell erfolgt als bei den Kleinbetrieben.

Es könnte nun aus vorstehender Übersicht der Schluß gezogen werden, daß für das deutsche Buchdruckgewerbe immer noch der mehr handwerksmäßige Werkstattbetrieb ausschlaggebend ist, wenn nicht diese Auffassung durch den statistischen Nachweis über die Verteilung der Versicherten, die die Zahl der Betriebe selbst annähernd um das Zwanzigfache übersteigt, auf die verschiedenen Betriebsgrößen sehr wesentlich korrigiert würde, wie sich dies aus folgender Übersicht in ganz drastischer Weise ergibt.

#### Verteilung der Versicherten auf die Betriebsgrößen

Von je 100 Versicherten entfielen auf Betriebe mit		1908	1910	1913	1914	1915	1916	1918	1919
bis zu 2 Pers.		1	1	1	2	2	2	2	2
3 — 5 "		4	4	4	5	5	5	5	7
6 — 10 "		8	7	7	7	7	7	7	7
11 — 25 "		16	16	14	14	14	14	14	14
26 — 50 "		15	14	12	12	14	14	14	13
51 — 100 "		15	15	15	13	13	13	13	14
101 — 200 "		23	23	16	15	14	13	13	14
201 — 300 "		8	8	8	8	8	8	8	8
über 300 "		18	19	21	21	22	24	25	25

Diese Übersicht zeigt also gerade das entgegengesetzte Bild gegenüber der Betriebsgrößengruppierung. Siehen wir zwischen den Kleinbetrieben bis zu zehn Arbeitern und allen größeren Betrieben einen Strich, so finden wir, daß im Frieden, während des Krieges wie auch nachher über vier Fünftel aller Versicherten nur in Mittel- und Großbetrieben beschäftigt sind, und davon wiederum die Hälfte eigentlich nur in Großbetrieben. Ein etwas günstigeres Bild der Bedeutung der verschiedenen Betriebsgrößen vom Standpunkt ihrer Beurteilung als Arbeitsgelegenheiten erhalten wir speziell für die Buchdrucker, wenn wir die Verteilung der Kollegenschaft auf die einzelnen Betriebsgrößen einer Unterfuchung unterziehen. Siehen wir dabei auch noch die Verteilung der Kollegenschaft in Betracht, dann wölft sich das Gesamtbild allerdings wieder sehr stark; worauf wir von vornherein aufmerksam machen möchten.

Ein Vergleich der nachstehenden Übersicht über die Verteilung der wichtigsten oder zahlreichsten Berufsgruppen der Buchdrucker mit der vorausgehenden Übersicht über die Verteilungssiffern der Allgemeinheit der Versicherten auf die verschiedenen Betriebsgrößen zeigt einen sehr wesentlichen Unterschied hinsichtlich der Bedeutung der kleineren Betriebe für die Buchdrucker als Arbeitsstätten. Während z. B. nach der Übersicht für alle Versicherten die Kleinbetriebe bis zu 5 Arbeitern oder Versicherten, die durchschnittlich 40—50 Proz. aller Betriebe umfassen, nur 5 bis 6 Proz. aller Versicherten beschäftigen, fallen auf sie nur etwa 1—2 Proz. der Maschinensetzer, 8—13 Proz. der Drucker, 18—22 Proz. Seher- und 17—18 Proz. aller Druckerlehrlinge. Der von ihnen beschäftigte Prozentsatz der Handsetzer deckt sich mit dem der Versicherten im allgemeinen, schwankte also zwischen 5 und 6 Proz. Für die Maschinensetzer kommen aber diese Kleinbetriebe fast gar nicht in Frage, für die Handsetzer auch nur für ein Zwanzigstel und für die Drucker für etwa den zehnten Teil ihrer Zahl; wobei noch zu beachten ist, daß die letzten

Sahre in dieser Hinsicht einen starken Rückgang verzeichnen lassen. In der Beibringsfrage steht die Bedeutung dieser Kleinbetriebe im Vergleich zu jener für die Gehilfen in gerade entgegengesetztem Verhältnis. Auf 5-6 Geber fallen durchschnittlich 18-20 Geberlehrlinge und auf rund 10 Drucker durchschnittlich 15-20 Druckerlehrlinge; für das Jahr 1919 kommen in diesen kleinsten Betrieben auf durchschnittlich 8 Drucker 17 Druckerlehrlinge, für das Jahr 1907-1912 war dieses Verhältnis 13 zu 21, was leider statt einer Verbesserung eine Verschlechterung zu erkennen gibt. Es wäre also höchste Zeit, daß der neue Tarif nach dieser Richtung eine wesentliche Korrektur bringt.

Die kleineren Mittelbetriebe mit 6-25 Arbeitern, die ihren Anteil an der Gesamtzahl aller Betriebe zwischen 30 und 38 Proz. schwanken, beschäftigen nur 24-26 Proz. Handfeger, 23-24 Proz. Maschinenfeger, 25-30 Proz. Drucker, dagegen 40-42 Proz. Geber- und 38-39 Proz. Druckerlehrlinge; auch sie stützen demnach ihre Existenz in deutlicher Weise zum Teil auf die Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte und maschineller Produktion unter zunehmender Ausschaltung der Handfeger und der Drucker. Die eigentlichen Mittelbetriebe (26-100 Arbeiter) beschäftigen, obwohl ihr prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe nur 10-12 Proz. ausmacht, über 30 Proz. der Handfeger, rund 40 Proz. der Maschinenfeger, 25-30 Prozent der Drucker, 25 Proz. der Geber- und 26 Proz. der Druckerlehrlinge. Das Verhältnis zwischen Gehilfen- und Beibringszahl hält sich hier einigermaßen die Wage.

Die eigentlichen Großbetriebe mit über 100 Arbeitern schwanken zwischen 3 und 4 Proz. aller Betriebe, beschäftigen jedoch durchschnittlich über 40 Proz. aller Beibringer; von den Handlegern etwa 38 Proz., von den Maschinenfegern 40-45 Proz., von den Druckern 33 bis 39 Proz., von den Geberlehrlingen jedoch nur 12 bis 15 Proz. und von den Druckerlehrlingen 15-20 Proz.

**Prozentuale Verteilung der Handfeger, Maschinenfeger, Drucker und Lehrlinge auf die verschiedenen Betriebsgrößen von 1907 bis 1919**

Von je 100 Angehörigen der betreffenden Gehilfen- bzw. Beibringsgruppe waren beschäftigt:

Berufsgruppe	Im Durchschnitt der Jahre	in den Betrieben mit									
		bis zu 5	6 bis 10	11 bis 15	16 bis 20	21 bis 25	26 bis 50	51 bis 100	101 bis 200	201 bis 300	über 300
Handfeger	1907-1911	1	4	7	17	18	16	25	9	13	
	1912-1916	2	4	9	17	15	16	16	9	13	
	1917	2	5	8	17	15	16	14	8	14	
	1918	2	5	8	17	15	16	14	8	14	
	1919	2	4	9	17	15	16	14	7	16	
Maschinenfeger	1907-1911	0,1	0,9	4	19	20	19	26	11	15	
	1912-1916	0,2	1,8	5	17	19	17	17	8	11	
	1917	0,2	1,4	6,3	20	19	19	14	8	13	
	1918	0,2	0,5	6,4	19	19	19	14	8	15	
	1919	0,2	1	5	19	19	19	18	9	19	
Drucker	1907-1911	4	9	12	18	13	13	19	7	12	
	1912-1916	4	8	12	18	14	13	12	7	17	
	1917	3	7	12	18	14	13	12	6	17	
	1918	3	7	12	18	14	13	12	8	13	
	1919	3	6	12	18	14	13	13	8	18	
Geberlehrlinge	1907-1911	4	14	17	25	14	10	12	2	4	
	1912-1916	6	16	18	24	13	11	7	2	4	
	1917	6	17	19	22	13	11	5	2	4	
	1918	6	16	19	25	13	9	6	3	4	
	1919	6	15	17	23	14	9	7	4	4	
Druckerlehrlinge	1907-1911	5	16	16	22	15	11	11	3	4	
	1912-1916	5	15	17	24	14	10	8	3	4	
	1917	5	15	17	23	14	10	9	3	4	
	1918	5	15	17	23	14	10	9	3	4	
	1919	5	12	13	23	14	13	9	5	6	
Prozentual. Anteil der verschiedenen Betriebsgrößen an der Gesamtzahl der Betriebe	1907-1911	22	23	29	19	8	4	2	3	0,6	
	1912-1916	21	22	19	17	21	14	2	0,7	0,6	
	1917	38	20	15	15	6	3	1,5	0,6	0,5	
	1918	37	20	16	15	6	3	1,6	0,7	0,7	
	1919	32	20	17	17	7	4	2,1	0,7	0,7	

Aus allen diesen statistischen Feststellungen über die Bedeutung der verschiedenen Betriebsgrößen für die Gehilfenchaft und in der Beibringsfrage ergibt sich auch diesmal wieder, daß die Zahl der Zwerg- und Kleinbetriebe von sehr untergeordneter Bedeutung für die Gehilfenchaft ist. Als Arbeitsstätten für die Gehilfenchaft kommen sie fast nur sporadisch in Frage, dagegen als Beibringsausübungsbetriebe in direkt gemeingefährlicher Weise. Aus letzterem Grunde kann diesen Betrieben von sozialen Gesichtspunkten aus keine besondere Sympathie entgegengebracht werden.

Lehrreiche soziale und wirtschaftliche Aufklärung ergibt sich des weiteren aus einer Nachprüfung der Lohnverhältnisse unter Berücksichtigung der verschiedenen Betriebsgrößen. Auch hier bekräftigt sich wiederum die alte Erfahrung, daß je kleiner der Betrieb, desto ungünstiger die Erwerbsverhältnisse, und zwar allgemein wie für die gelernten Arbeiter im besondern. Der besseren Übersicht halber lassen wir in nachstehender Tabelle die in der berufsgenossenschaftlichen Statistik neun verschiedenen Betriebsgrößen wie früher zu nur vier Größengruppen zusammen, und zwar in Kleinbetriebe (bis zu 5 Arbeitern), kleine Mittelbetriebe (bis zu 25 Arbeitern), Mittelbetriebe

(26-100 Arbeiter) und Großbetriebe (mit über 100 Arbeitern).

**Jahresdurchschnittslöhne der Handfeger, Maschinenfeger und Drucker im deutschen Buchdruckgewerbe unter Berücksichtigung der Klein-, Mittel- und Großbetriebe in den Jahren 1913, 1917, 1918 und 1919**

Berufsgruppe	Jahr	in Betrieben mit			
		bis zu 5	6-25	26-100	über 100
Handfeger	1913	Mk. 1367	Mk. 1540	Mk. 1724	Mk. 1993
	1917	1944	2060	2259	2608
	1918	2541	2660	2910	3306
	1919	3923	4075	4893	5542
	1913	1736	2019	2270	2473
Maschinenfeger	1917	2000	2433	2677	2825
	1918	2787	3022	3326	3814
	1919	5138	4974	5677	6606
	1913	1436	1648	1838	2094
	Drucker	1917	2190	2205	2488
1918		2599	2900	3221	3760
1919		4042	4546	5223	5869

Ehe wir der besonderen Prüfung der vorstehenden Tabelle näher treten, sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die Calwerische Indexziffer für die in Frage kommenden einzelnen Jahre folgende war: 1913 = 1336 Mk., 1917 = 2844 Mk., 1918 = 3066 Mk. und 1919 = 3361 Mk.

Die in der berufsgenossenschaftlichen Statistik enthaltenen Angaben über die Löhne stützen sich auf regelmäßige Lohnnachweisungen jedes einzelnen Betriebs, die in den ersten Wochen eines jeden Jahres bei der Berufsgenossenschaft einzureichen sind, und von dieser einer Nachprüfung unterzogen werden, da von deren Höhe die jeweils fällige Jahresumlage für die berufsgenossenschaftlichen gesetzlichen Verpflichtungen abhängig ist. Die Lohnempfänger werden in diesen Nachweisen nach Gewerbebezügen und Berufsarten getrennt aufgeführt. Der Verdienst für Überstunden wird bei den einzelnen Löhnen ebenfalls mitberechnet, ebenso alle Teuerungszulagen, Wirtschaftsbelüsten u. v., auch wenn ein rechtlicher Anspruch nicht darauf besteht. Die jeweilige Jahreslohnumlage läßt sich aus dem Ergebnisse von 300 vollen Arbeitstagen aufnehmen.

Interessiert wir nun die auf diese Weise ermittelten Jahresdurchschnittslöhne der Handfeger, Maschinenfeger und Drucker in den vier verschiedenen Betriebsgrößengruppen einer näheren Beleuchtung und nehmen wir den Jahreslohn der kleinsten Betriebe als Ausgangspunkt, so ergibt sich folgende Steigerung der Entlohnung in den übrigen größeren Betriebsarten innerhalb der einzelnen Jahre.

**Durchschnittliche Lohndifferenzen zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieben**

Berufsgruppe	Jahr	in Betrieben mit			
		bis zu 5	6-25	26-100	über 100
Handfeger	1913	Mk. 1367	+ 173	+ 357	+ 596
	1917	1944	+ 116	+ 315	+ 664
	1918	2541	+ 119	+ 369	+ 765
	1919	3923	+ 152	+ 970	+ 1619
	1913	1736	+ 212	+ 534	+ 637
Maschinenfeger	1917	2000	+ 433	+ 578	+ 825
	1918	2787	+ 235	+ 576	+ 1027
	1919	5138	+ 164	+ 539	+ 1478
	1913	1436	+ 212	+ 402	+ 658
	Drucker	1917	2190	+ 15	+ 298
1918		2599	+ 301	+ 622	+ 1161
1919		4042	+ 504	+ 1171	+ 1827

Bei Beurteilung der vorstehenden Ergebnisse bezüglich der Bezahlung der Buchdrucker (die nicht besonders erwähnten Spezialarbeiter, wie Korrektoren, Stereotypen usw., dürfen das Gesamtbild infolge ihrer verhältnismäßig geringen Zahl kaum wesentlich beeinflussen) in den verschiedenen Betriebsgrößen ist vor allen Dingen zu beachten, daß es sich um Durchschnittsziffern für das ganze Reich handelt. Für einzelne Druckorte würden sich wahrscheinlich nicht unerhebliche Abweichungen ergeben, wenn man deren Lohnverhältnisse für sich gesondert prüfen könnte. Die vorliegende berufsgenossenschaftliche Statistik läßt dies jedoch nur lektionweise zu, die Veröffentlichung nach einzelnen Druckorten würde dem Geschäftsbericht einen zu großen Umfang geben und außerordentlich hohe Kosten verursachen. Es wäre aber trotzdem wohl kaum zu bestreiten, daß die Berufsgenossenschaft den sozialen gewerblichen Organisationen einen großen Dienst erweisen würde, wenn sie deren Zentralleistungen und Organe das durch die berufsgenossenschaftliche Verwaltungspraxis anfallende statistische Einzelmateriale noch in spezialierter Weise zugänglich machen würde. Aber den Kostenpunkt, der durch eine entsprechende Vervielfältigung von wichtigen Einzelabschnitten der Statistik entstehen würde, siehe sich unseres Erachtens wohl leicht eine Verbilligung erzielen, so daß die Berufsgenossenschaft keine größeren Kosten zu tragen hätte, als ihr von Gesetzes wegen jetzt schon zugewiesen sind. Die gesamte berufliche Statistik könnte auf diese Weise stark vereinfacht und verbilligt werden; wo-

durch die Ausgaben für soziale Erhebungen wesentlich erniedrigt werden könnten und trotzdem durch entsprechendes Zusammenwirken der in Frage kommenden Instanzen in Verbindung mit den Betriebsräten die erforderlichen Feststellungen in einwandfreier Weise den Organisationen des Gewerbes nutzbar gemacht werden könnten. Um nur einen markanten Fall herauszugreifen, der diese Anregung stützen könnte, sei darauf hingewiesen, daß wir uns redlich bemüht haben, aus der vorliegenden Statistik zu ermitteln, wo z. B. die niedrigste Entlohnung nicht nur nach Betriebsgrößen, sondern auch geographisch zu Hause ist. Die einzelnen Sektionen der Berufsgenossenschaft sind zu groß, um diesbezügliche Schlüsse mit einiger Sicherheit für einzelne Druckorte ziehen zu können. Nach räumlicher oder geographischer Begrenzung dürfte allein die Sektion VIII (Berlin nebst Vororten) die kleinste sein. Sie umfaßt im vorigen Jahre 944 Betriebe mit 35973 Beibringern, davon 5682 Handfeger, 910 Maschinenfeger und 2676 Drucker, 504 Kleinbetriebe (bis zu 5 Arbeitern), 273 kleine Mittelbetriebe (mit 6-25 Arbeitern), 124 Mittelbetriebe (mit 26-100 Arbeitern) und 43 Großbetriebe (mit über 100 Arbeitern). Im Jahre 1919 war die durchschnittliche Entlohnung der Handfeger in der Gruppe der kleinsten Betriebe (bis zu 5 Arbeitern) mit durchschnittlich 3364 Mk. um 1423 Mk. über dem diesbezüglichen Reichsdurchschnitt, während die der Großbetriebe mit 6375 Mk. den diesbezüglichen Reichsdurchschnitt für die Handfeger nur um 833 Mk. überstieg. In Wirklichkeit blieb also die Bezahlung der Handfeger in den kleinsten Betrieben Berlins nur um 178 Mk. hinter dem Reichsdurchschnitt der größten Betriebe zurück. Zieht man ferner in Erwägung, daß in den Berliner Kleinbetrieben der zehnte Teil aller Kleinbetriebshandfeger beschäftigt war, so bleibt für die Handfeger der Kleinbetriebe im übrigen Deutschland nur ein Jahresdurchschnittslohn von 3761 Mk., also noch um 162 Mk. weniger als bei Einrechnung der Entlohnung der Handfeger in den Berliner Kleinbetrieben.

Ein wesentlich andres Bild erhalten wir, wenn wir eine weitere Stichprobe, z. B. mit der Sektion VII (Freistaat Sachsen), machen und den durchschnittlichen Jahreslohn der Buchdrucker in dieser Sektion in den letzten vier Betriebsgrößengruppen einer Spezialisierung und Vergleichung mit dem Reichsdurchschnitt unterziehen, wie dies in nachstehender Tabelle zur Darstellung kommt.

**Entlohnung der Handfeger, Maschinenfeger und Drucker in den Buchdruckereien der Sektion VII (Sachsen) im Jahre 1919**

Berufsgruppe	in Betrieben mit			
	bis zu 5 Arbeitern	6 bis 25 Arbeitern	26 bis 100 Arbeitern	über 100 Arbeitern
Handfeger	Sekt. VII	Reichsdurchschnitt	Sekt. VII	Reichsdurchschnitt
	Mk. 3879	Mk. 3923	Mk. 4361	Mk. 4075
Maschinenfeger	Sekt. VII	Reichsdurchschnitt	Sekt. VII	Reichsdurchschnitt
	Mk. 3759	Mk. 5138	Mk. 4585	Mk. 4974
Drucker	Sekt. VII	Reichsdurchschnitt	Sekt. VII	Reichsdurchschnitt
	Mk. 4272	Mk. 4042	Mk. 4489	Mk. 4546

Auffallend ist in vorstehender Tabelle zunächst, daß die Handfeger in den kleinsten Betrieben um 44 Mk. unter dem Reichsdurchschnitt bleiben, während sie in Sektion VIII (Berlin) diesen um 1423 Mk. übersteigen. Aber auch sonst ergibt sich aus dieser Übersicht, daß mit nur zwei Ausnahmen (Handfeger in den kleinen Mittelbetrieben und Drucker in den kleinsten Betrieben) die Jahresdurchschnittslöhne für die Buchdrucker in Sektion VII hinter dem Reichsdurchschnitt zurückgeblieben sind. Die tarifliche Lokalaufsichtsabteilung kann dem Reichsdurchschnitt gegenüber nicht als erklärend in Frage kommen. Die „zurückhaltung der Leistungen“ der Dresdner wie Leipziger Buchdruckereibesitzer auf dem Lohngebiete dürfte hier insbesondere in den großen Betrieben als wenig nachahmenswertes Beispiel zu erkennen sein. Charakteristisch dürfte in diesem Sinne zweifellos die Differenz zwischen der Entlohnung der Handfeger und Drucker in den größten Betrieben sein; sie steht in auffälligem Gegensatz zu den betreffenden Reichsdurchschnitt aller Jahre von 1913 bis 1919.

Die Entwicklung auf dem Lohngebiete für die Buchdrucker im allgemeinen zeigte in den letzten zehn Jahren (1910-1919) im Reichsdurchschnitt (ohne Differenzierung nach Betriebsgrößen) nach der berufsgenossenschaftlichen Statistik folgendes Gesamtbild:

Jahr	Indexziffer nach Calwer	Handfeger		Maschinenfeger		Drucker	
		Kopf. Durchschn. zahl Jahreslohn	Kopf. Durchschn. zahl Jahreslohn	Kopf. Durchschn. zahl Jahreslohn	Kopf. Durchschn. zahl Jahreslohn		
1910	-	Mk. 40372	Mk. 1595	Mk. 4083	Mk. 2029	Mk. 13574	Mk. 1610
1911	1258	40706	1607	4674	2059	14002	1694
1912	1342	41252	1733	5226	2208	14687	1762
1913	1336	41883	1727	5685	2219	15332	1776
1914	1317	34637	1719	5210	2217	13254	1733
1915	1846	28287	1778	4157	2277	8437	1891
1916	2660	20593	1956	4210	2397	7736	2243
1917	2844	19023	2306	4253	2688	7405	2523
1918	3066	19264	2951	4231	3422	7654	3241
1919	3361	33659	4388	5503	5889	13132	5185

Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle noch erwähnt, daß die gesamte Jahreslohnsumme der versicherungspflichtigen 169377 Personen im Bereiche der Buchdruckerberufsgenossenschaft im Jahre 1919 den Betrag von 568 552 903 M., also über eine halbe Milliarde, ausmachte. Auf die Buchdruckergehilfen (Handleger, Maschinenleger und Drucker) in einer Gesamtzahl von 52294 oder 30 Proz. aller versicherungspflichtigen Personen entfielen von dieser Summe an Jahreslohn im ganzen 267 204 208 M., oder 46 Proz. Auf die Buchdrucker im einzelnen kam 1919 ein Jahresdurchschnittslohn von 5109 M., während auf die übrigen Versicherungspflichtigen gleichzeitig ein durchschnittlicher Jahreslohn von 3027 M., oder nur 63 Proz. des Durchschnittslohns der Buchdrucker entfiel.

Werfen wir nun zum Schluß noch einen Blick auf die Entwicklung der Maschinenzahl, und zwar bis zum Jahre 1886 zurück, so erhalten wir folgendes Bild: Es wurde gezählt

in den Jahren	Sty-maschinen	Buchdruck-schneidpressen	Zeigeldruck-pressen	Kollations-maschinen
1886-1890	—	7654	1910	232
1891-1895	—	9650	3375	444
1896-1900	—	11650	4825	654
1901-1905	1311	13589	6294	870
1906-1910	2600	16411	8371	1194
1911-1915	4761	19690	10558	1602
	5149	19498	10291	1683
	5197	19279	10149	1788
	5263	19393	10123	1788
	5273*	19672	10790	1632

\* Die Schneidmaschinen setzen sich zusammen aus: 2796 Ansohpe, 1318 Ansohpe, 253 Monoline, 8 andre Systeme, 391 Monospe (hierzu 507 Falter).

Leider verbleiben uns die Raumverhältnisse, besonders die beiden letzten Abschnitte einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen. Wir müssen es dem guten Willen unserer Leser überlassen, aus den hier gegebenen Zahlen die entsprechenden Schlüsse für die beruflichen, sozialen und materiellen Verhältnisse der Gehilfenschaft innerhalb des deutschen Buchdruckergewerbes zu ziehen. Wir sind etwas tiefer in diese anscheinend trockenen Ziffernreihen hineinzudenken verheißt, der wird darin eine ziemlich deutliche Unterstreichung der besonders auf gewerkschaftlichem Boden heimlichen Aufassung über die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge und Beziehungen zwischen den verschiedenen Berufsgruppen, Betriebsgrößen und maschinellen Produktionsmitteln finden. Insbesondere dürften die teilweise sehr erheblichen Abweichungen in der Bedeutung der verschiedenen Betriebsgrößen für die Arbeiterkraft in der Lohnfrage, der Beschäftigungsmöglichkeit und der Beibringstrage dazun, daß bessere wirtschaftliche Grundlagen für die große Mehrheit der Arbeiterkraft keineswegs von einer möglichst großen Unternehmerrzahl abhängig sind. Daß im Gegenteil mit der Abnahme dieser Zahl, d. h. mit der Zusammenarbeit größerer Arbeitergruppen innerhalb eines Betriebs in Verbindung mit den entsprechenden rationelleren mechanischen Produktionsmitteln, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Arbeiterkraft günstiger werden. Wenn man nun in Betracht zieht, daß je größer ein Betrieb ist, desto weniger auch der nominelle Inhaber als Einzelperson in der Lage ist, den Betrieb allein zu leiten, sondern auf sach- und fachkundige Mitarbeit einer ständig größer werdenden Zahl von Angestellten und Arbeitern angewiesen ist, so zeigt sich gerade in dieser Entwicklung die Haltlosigkeit der Behauptung von der Unentbehrlichkeit eines starken Unternehmertums, das einen zeitgemäßen Umbau der durch die bisherige auf Herren- oder Unternehmerinitiative aufgebauten aber kläglich gescheiterten Wirtschaftsordnung mit allen Mitteln zu verhindern sucht. Sowohl die Vermehrung der Druck- wie der Schneidmaschinen ist nicht auf die Initiative der Besitzer der Kleinbetriebe zurückzuführen, denn die Zahl der letzteren zeigt einen auffallenden Beharrungszustand, während die Zahl der menschlichen wie, maschinellen Arbeitsmittel der in verhältnismäßig wenig Unternehmern befindlichen Mittel- und Großbetriebe von Jahr zu Jahr größer wird. So zeigt die berufsgenossenschaftliche Statistik, daß auch im Buchdruckergewerbe die Zahl der Unternehmer im Verhältnis zur Zahl der Arbeiter und Angestellten immer geringer wird, daß auch hier die Großen die Kleinen auslagern. Wir sind nun nicht der Meinung, daß die kleinen Buchdruckerbetriebe im allgemeinen weniger vernünftig veranlagt sind als ihre „großen“ Kollegen; ja, wir sind sogar der festen Überzeugung, daß in der Regel ein kleiner Buchdruckerbetriebe schon seit langer Zeit und in der neuesten ganz besonders weit mehr Intelligenz und Scharf- kraft ausbringen mußte und muß, um sich über Wasser zu halten, als der Besitzer eines größeren Betriebs. Die größere Kapitalkraft wirkt sozusagen automatisch und ersetzt viele Unternehmerrkräfte durch Angestellte und entsprechende Sach- männer, ohne daß das Gewerbe dabei zugrunde geht. Daß diese Entwicklung für die Arbeiterkraft günstig ist, als wenn ein Zerfall des Gewerbes in noch mehr kleinere Betriebe stattfände, ergibt sich aus der berufsgenossenschaftlichen Statistik mit aller Deutlichkeit. Zwar werden durch diese Entwicklung die sozialen Gegensätze nicht gemildert, sondern offensichtlich größer. Gleichzeitig ergibt sich aber auch durch das Zusammenarbeiten größerer Arbeitermassen in einzelnen Betrieben und Orten ein weit stärkeres Zusammengehörig-

keitsgefühl der durch diese Entwicklung Bedrückten, das bei vernünftiger Schulung und Organisation sich zu einem Machtfaktor entfalten wird, der diesen Entwicklungs- prozess beschleunigen hilft, und zwar in der Richtung, daß die Vorteile einer immer stärkeren Zusammenfassung der Produktionskräfte auch im Buchdruckergewerbe immer deutlicher werden und die Notwendigkeit einer gemeinwerk- schaftlichen Produktion immer stärker hervortreten lassen, und zwar nicht zuletzt auch durch die Untergrabung der Existenzsicherheit der kleinen Buchdruckerbetriebe, die besonders durch die neuzeitliche Konzentration im Zeitungsgewerbe immer mehr zutage tritt. Das sollen uns zwar zweifellos die trockenen Ziffern der berufsgenossenschaftlichen Statistik nach dem Willen der in Frage kommenden Unternehmer gewiß nicht lehren, sie lehren es uns aber trotzdem, wenn wir es verstehen, die darin enthaltenen nachten Tatkunden mit dem sozialen und wirtschaftlichen Pulsschlag der Gegenwart auch nur in bescheidener Weise zu erfassen.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Berlin.** (Korrekturen.) In der Versammlung am 5. Dezember wurden wieder vier neue Mitglieder aufgenommen, darunter eine Dame. Hierauf erteilte der Vorsitzende Reich nach Umstellung der Tagesordnung dem Kollegen Grünig vom Berliner Gewerkschaftsverband das Wort zur „Berichterstattung über die Tarifverhandlungen“. Redner wählte in ganz ausgezeichnete Weise den An- wendenden den Gang der Verhandlungen zu schildern, dabei hervorhebend, daß die Verhandlungen unter einem Instern gefanden hätten und daß die Prinzipale nach Bewilligung der Forderungszulage, die durch die anhaltende Steigerung der notwendigen Bedarfsmittel längst wieder überholt ist, allen Forderungen der Gehilfenschaft auf Auf- besserung ihrer Lage gegenüber zugeknöpft denn je waren und Verschlechterungen auf tariflichem Gebiet ein- zuführen gedächten. Die Verschlechterungen wurden zum- meist abgelehnt, so auch für unsern Beruf der von der Leipziger Prinzipalität gestellte Antrag auf Einführung des Berechnens für Korrekturen. Kollege Grünig sowie auch die zu der Berichterstattung folgenden Diskussions- redner sprachen sich für Annahme der neuen Tarifabma- chungen aus und empfahlen den Anwesenden, in diesem Sinn am 10. Dezember ihre Stimme abzugeben. Unter „Berechnungen“ eruchte Kollege Reich um Rück- gabe der Vereinsbücher an den Kassierer zwecks Auf- stellung des Jahresberichts und um möglichst intensive Verbreitung der Protokolle vom Nürnberger Korrekturen- tag. In dem hierauf folgenden Vortrage des Kollegen Grams über „Hans Sachs und die Meisterfinger“ wurde ein scharf umrissenes Lebensbild des ersten gegeben wie auch die Institution und die Gebräuche der letzteren ein- gehend behandelt. Der Vortragende ging in seinem Referat auch auf die Oper Richard Wagners: „Die Meisterfinger von Nürnberg“, ein, mußte sich aber hier größere Kür- zungen wegen vorgeschrittener Zeit auferlegen, und es gingen dadurch den Anwesenden viele Schönheiten dieser deutschen aller Opern verloren. Der nächste Punkt: „Antrag Grams: Verlegung der Vereinsversammlung auf den zweiten Sonntag im Monat, abends“, zeitigte eine längere Debatte und der Antrag wurde schließlich gegen wenige Stimmen angenommen. Unter „Verschiedenem“ machte der Vorsitzende auf die am 23. Januar n. J., abends 7 Uhr, stattfindende Jahreshauptversammlung auf- merksam und wünschte, daß das kommende Jahr unsrer Sparte eine bessere Arbeitsgelegenheit und auf dem ganzen wirtschaftlichen Gebiet auch geordnetere Verhältnisse bringen möge.

**Brandenburg-Potsdam.** In einem vollständig über- füllten Saale fand am 5. Dezember in Potsdam eine gemeinsame Bezirksversammlung der Bezirke Brandenburg und Potsdam statt, um den Bericht unsres zweiten Verbandsvorsitzenden Krauß über die Tarifver- handlungen entgegenzunehmen. Einleitend brachten die beiden Kollegenvereine „Graphla“ (Brandenburg) und „Gutenberg“ (Potsdam) in vollendetem Maße den Massen- chor „Märzluft“ zu Gehör. Nachdem Kollege Wesen- berg (Potsdam) und Klein (Brandenburg) im Namen ihrer Bezirke die Erachtener begrüßt hatten und unter „Geschäftlichem“ der gesamte Brandenburgische Bezirksvor- stand wiedergewählt worden war, ergriff Kollege Krauß das Wort zu seinem Referat: „Die Tarifgemeinschaft im neuen Gewande“. In einer ausführlichen Rede führte er den Kollegen die Schwierigkeiten der diesmaligen Tarifverhandlungen vor Augen. Verbesserungen und Ver- schlechterungen wohl abwägend, kam er zum Schluß zu der Ermahnung, bei der Urabstimmung sich nicht von Augenblicksstimnungen leiten zu lassen, sondern ernstlich das Gesamtergebnis zu prüfen und dann seine Stimme für oder gegen die Annahme des Tarifs abzugeben. Wie stark er die Zuhörer durch seine Vortragweise bis zum Schluß zu fesseln verstand, zeigte der lebhafteste Beifall, dessen sich der Referent bei der Versammlung zu erfreuen hatte. In der anschließenden Diskussion kam von fast allen Kollegen die Mißbilligung über die erungenen geringen materiellen Vorteile zum Ausdruck. Alle Redner hofften, daß der Tarifabschluss im Januar wieder zu- sammenzutreten wird, um den berechtigten Wünschen der Gehilfen etwas mehr Entgegenkommen zu zeigen, damit die Verberdung der Kollegen nicht noch weiter um sich greift. Kollege Klein (Brandenburg) gab sodann einen kurzen Bericht über die Bezirksvorsitzerkonferenz in

Steffin. Er machte die Kollegen mit den dort gemachten Beschüssen bekannt, speziell über Unterbringung von Arbeitslosen, Ausstattung und Anstellung eines bescheidenen Gewerkschafters. Nach kurzer Diskussion über diesen Punkt ermahnte unter „Verschiedenem“ der Arbeitsnachweiser- walter alle Arbeitslosen, die Bestimmungen über Ab- und Anmeldungen genauer zu beachten.

**Darmstadt.** Am 10. Dezember fand im „Gewerk- schaftsaal“ eine überaus zahlreiche Besuche Bezirks- versammlung statt. Vorsitzender Wähler machte zu- nächst einige geschäftliche Mitteilungen und referierte dann über die Verhandlungen des Tarifauschusses und der Bezirksvorsitzerkonferenz in sehr sachlicher und eingehender Weise. Auch den Bericht über die Kreisentscheidung des Tarifrates III zu Frankfurt a. M. wählte er der Ver- sammlung fessend zu Gehör zu bringen. Lebhafter Dank wurde ihm dafür von der Versammlung gezollt. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Eine fünf- stündige Konnmission soll die nötigen Schritte bei den Prinzipalen des Bezirks unternehmen, um eine Lohnauf- besserung bzw. Wirtschaftsbefehle zu erreichen. Den ar- beitlosen und am Sonnabend vor Weihnachten außer- ordentlich tretenden Kollegen wurden 20 Mk. und für jedes Kind unter 14 Jahren 5 Mk. bewilligt. Außerdem erhalten bedürftige Invaliden 100 Mk. als Weihnachts- beihilfe.

**Wi. Offen.** In der am 5. Dezember in Duisburg ab- gehaltenen Gewerkschaftsversammlung der Maschinen- leger gab Vorsitzender Müller das Ergebnis der Tarifbera- tungen bekannt, das insbesondere die Maschinenleger nicht zufriedenstellen könne. In der Diskussion sprachen sich alle Redner mit Entrüstung gegen die Annahme des neuen Tarifs aus. Zum Schluß wurde eine den Tarif ablehnende Entschließung mit überwiegender Mehrheit an- genommen. Die Versammlung stellte sich darin im übrigen auf den Boden einer in Bochum am 3. Oktober von der Maschinenlegervereinigung des Gaues gefassten Reso- lution.

**Salzberstadt.** Am 12. Dezember fand in Wernige- rode a. S. die diesjährige Bezirksversammlung unsres Bezirks statt. Von den trefflichen Ausführungen unsres Beihilfenvertreter König (Walle) über die Tarif- verhandlungen waren die Versammelten voll befriedigt; jedoch war man mit dem Erreichen keineswegs zufrieden, was in folgender Resolution zum Ausdruck kam: „Die am 12. Dezember in Wernigerode abgehaltene Bezirks- versammlung des Bezirks Salzberstadt spricht nach An- hörung des Berichts über die Tarifausführung zwecks Schaffung eines neuen Tarifs ihre Entrüstung aus über den Widerstand der Prinzipale gegen jede dem lebigen Zeitgeist und Verhältnissen entsprechende Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere gegen jede zur Behebung der Arbeitslosigkeit so notwendige Maß- nahme der Arbeitszeit, und verurteilt als schärfste das Bestreben derselben, den ohnehin nicht günstigen Tarif in einzelnen Bestimmungen noch zu verschlechtern, wie sie auch die gewährte Forderungszulage angesichts der fortwährenden Verteuerung aller notwendigen Bedarfsartikel für voll- ständig unzulänglich hält. Sie erwartet von den Gehilfen- vertretern, daß sie sofort Mittel und Wege finden, um in Verhandlungen mit den Prinzipalen eine weitere Foe- rungszulage zu erreichen, damit der Gehilfenschaft eine ausreichende Existenzbedingung geschaffen wird.“ Als nächster Ort der Bezirksversammlung wurde einstimmig Osterwieck gewählt.

**S. Köln.** Trotz der reichhaltigen Tagesordnung war die Bezirksversammlung am 12. Dezember sehr schwach besucht. Die Lohnfrage zu behandeln, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und bis zur nächsten Ver- sammlung verlagert. Ein Antrag, die streikenden Düffel- dorfer Kollegen für die Dauer des Streiks durch einen wöchentlichen Extragelohn zu unterstützen, wurde nach längerer Erörterung ebenfalls abgelehnt und empfohlen, auch für die Zukunft auf Sammelkassen zu zeichnen, wozu ja auch jeder moralisch verpflichtet ist. Namentlich wurde den großen Schreibern aus Herz gelegt, daß jeht auch für sie die Zeit gekommen sei, ihren Solidaritätsgefühl einen Nickenstoß zu geben und durch recht rege Zeichnung zu bekunden, daß sie in wirklich erster Stunde zu handeln bereit seien. Durch Willen wurden bis jeht über 3000 Mk. gesammelt und abgeandt. Mehrere Redner mußten erst aufgeklärt werden, daß in diesem Falle die Gau- und Bezirkskassen keine Gelder opfern dürfe. Aufgenommen wurden 7 Kollegen, wegen Berufsveränderung ausgetreten 10 Kollegen, ausgeschlossen wegen Nichtzahlung ihrer Be- träge wurden 12 Mitglieder. Zu einer würdigen Feier gestaltete sich die Eröffnung der Jubilare: Jean Rothkamp (40jährige Mitgliedschaft), Georg Baggeler, August Braunsdorf, Matthias Bächer, Karl Gilke, Anton Orthen, Adolf Schön, Karl Schübe, Karl Steiner, Karl Zrenner (25jährige Mitgliedschaft). Mit einer stattlichen Zahl von Sängern brachte der Gesangs- verein „Gutenberg“ unter großem Beifall „Das Morgenlied“ von Alex. zu Gehör. Vorsitzender Janßen forderte alle dem Verein noch fernstehende Kollegen auf, diesen durch ihren Beitritt zu unterstützen. Nach Überreichung der Diplome (erster Preisentwurf des Kollegen Jeht) über- mittelten für den Bezirksverein Kollege Janßen und für den Gauvorstand Kollege Kiefer die herzlichsten Glück- wünsche. Im Namen der Jubilare sprachen die Kollegen Rothkamp und Baggeler; beide Redner wiesen auf frühere Zeiten hin und empfahlen der jüngeren Generation, stets mit Überlegung zu handeln. Dem Kassierer Mein- holz wurde auf Antrag der Redner einstimmig Ent- lastung erteilt. Ein Antrag des Vorstandes: „Alle voll- beschäftigten Kollegen in Köln leisten einen eumaligen Betrag, um allen arbeitslosen Kollegen am Orte, unab-

hängig von der Ortsunterstützung, eine Weisnachtsgabe zu gewähren", wurde gegen zwei Stimmen angenommen und beschloß, einen einmaligen Beitrag von 5 Mk. abzuführen. Herr stud. rer. pol. Hans Weingarten hielt darauf einen Vortrag über Argentiniens Wirtschaft, insbesondere ihre Bedeutung für Europa und Deutschlands Versorgung mit Lebensmitteln. Zum Schluß führte Redner aus, daß sich für tüchtige Kräfte im Buchdruckgewerbe gerade dort Gelegenheit zu weiterem Fortkommen biete. Es würden gesucht Chemographen, Seher, Maschinenlehrer, Drucker. Das Einkommen sei den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend als gut zu bezeichnen.

**Bandau.** Nachdem unser Ortsverein 1914 fast alle Mitglieder durch Einberufung zu den Wahlen entlassen worden waren, haben sich die noch zurückgebliebenen drei Kollegen veranlaßt, den Ortsverein aufzulösen und ihn zur letzten Ruhe zu betten. Galt ihnen es, als ob der Ortsverein auch nach dem Wollkriegen nicht mehr zum Leben erwachen wolle. Aber zwei Jahre nach Friedensschluß bedurfte es, bis man sich endlich wieder aufraffte, den Ortsverein aus seinem Schläfe zu wecken. Aber auch die letzten Tarifverhandlungen trugen dazu bei, daß sich die Kollegen Bandaus am 7. Dezember zusammenfanden, um zu dem Erfolge derselben Stellung zu nehmen und bei dieser Gelegenheit den Ortsverein von neuem aus der Laube zu heben. Als Vorsitzender wurde einstimmig Kollege Klöckel gewählt. Hierauf entspann sich eine lebhafte Debatte über das Ergebnis der Tarifverhandlungen. Die neue Steuerzulage wurde als viel zu gering für die Provinz bezeichnet. Es mühten unermüdet Schritte unternommen werden, um einen Ausgleich zwischen Steuer und Lohn herbeizuführen. Auch in der Beibringung und Arbeitslosenfrage wurden Beschlüsse gefaßt. Kollege Klöckel dankte hierauf der Versammlung für das an den Tag gelegte Interesse und mahnte zum Zusammenhalte der Kollegen, damit auch unser Ortsverein stets ein treues Glied des Verbandes bleibe in schweren und guten Zeiten.

**Mainz.** In einer allgemeinen Buchdrucker-Versammlung am 12. Dezember berichtete Bezirksvorsitzender Weyrich über die Kreisantsitzung in Frankfurt a. M.: Trotz der nicht zu leugnenden Not der Gehilfenchaft und trotz unansehnlichen, amtlichen Zahlenmaterials, das die Gehilfenvertretung vorlegte, lehnte die Prinzipalfür die geforderte Sonderzulage für das besetzte und Industriegebiet des Tarifkreises III in Höhe von 30 Mk. aus prinzipiellen Gründen ab. Um aber ihr soziales Verständnis für die Notlage der Gehilfen zu bekunden, erklärte sich die Prinzipalsvertretung bereit, ihre Mandatgeber zur Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung moralisch zu verpflichten. Dieser Erklärung schloß sich auch die Prinzipalsvertretung von Mainz an. Nach Kenntnisaufnahme dieses Verhandlungsergebnisses wurde in einer sehr heftigen Aussprache von allen Rednern das unsoziale, ablehnende Verhalten der Prinzipale des Tarifkreises III in der Frage der Sonderzulage für das besetzte und Industriegebiet scharf verurteilt. In Erwägung des Umstandes, daß die Gewährung einer Wirtschaftsbefreiung, deren Höhe noch nicht bestimmt ist und auch kein zwingendes Recht der Gehilfenchaft darstellt, und daß den Gehilfen der Nachbarkreise II und IV aus Gründen der erschweren Lebenshaltung im besetzten und Industriegebiet eine Sonderzulage schon lange gewährt und erst jetzt wieder durch Verhandlungen vor den tariflichen Instanzen erhöht wurde, beschloß

die Versammlung, an der gestellten Forderung festzuhalten. Der Bezirksvorstand wurde beauftragt, nochmals in diesem Sinne bei der Prinzipalfür vorstellig zu werden und diese auf den Ernst der Situation aufmerksam zu machen. Eine am 14. Dezember einzuvernehmende allgemeine Buchdrucker-Versammlung soll im Falle einer Ablehnung dieser berechtigten Forderung — unter Ablehnung jeder Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen — endgültig über die dann nötigen Schritte beschließen. Zum Schluß protestierte die Versammlung aufs schärfste gegen die Maßnahmen des hiesigen Landgerichts in Sachen der Angestelltenbewegung. Viele landgerichtliche Verfügungen, die den Führern der Angestellten das Reden in den Versammlungen, die Auszahlung von Streikgeldern usw. bei hoher Geldstrafe verbietet, bedeutet einen Eingriff in die durch die Verfassung garantierte Koalitionsfreiheit; es werden sich die organisierten Arbeiter mit allem Nachdruck gegen solche Erdrückungsversuche zu wehren wissen. — Vor überfülltem Saale gab Kollege Weyrich am 14. Dezember das Ergebnis der Verhandlung mit der Prinzipalfür des Bezirks Mainz bekannt. Wenn auch die Prinzipalfür sich unter Hinweis auf den tariflichen Instanzenweg auf die Behandlung der Sonderzulagenfrage nicht einließ, so stimmte sie schließlich, nach erneutem Angebot einer Wirtschaftsbefreiung, einem seitens der Gehilfenvertretung gemachten Vorschlag, der über die prinzipalspezifisch genannten Sätze dieser Wirtschaftsbefreiung erheblich hinausging, doch zu. — Am 18. bzw. 20. Dezember gelangte somit eine einmalige Wirtschaftsbefreiung zur Auszahlung und zwar: für Verbeiratete 150 Mk., für Ledige 100 Mk. und für jedes Kind 40 Mk. Als Kinder gelten alle bis zu 14 Jahren und solche, die sich noch in der Lehre befinden. Die Mainzer führenden Prinzipale verpflichten sich, mit aller Energie dafür einzutreten, daß diese Wirtschaftsbefreiung im ganzen besetzten Gebiete des Tarifkreises III zur Auszahlung kommt. Mit diesem Resultat erklärte sich die Versammlung nach kurzer Debatte gegen vier Stimmen einverstanden.

**Mannheim.** In der Versammlung am 29. November erstattete Vorsitzender Ihrig Bericht von der tags zuvor abgehaltenen Bezirksvorsteherkonferenz, in welcher letzterer unser Gehilfenvertreter Klein ein umfassendes Bild unserer diesmaligen Tarifverhandlungen gab, die trotz aller energischen Tätigkeit unser Vertreter ein so unbefriedigendes Resultat zeitigten. Speziell in materieller Beziehung. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erging sich der Vorsitzende in längerer Ausführungen über die einzelnen Punkte der Tarifabmachungen, die Kollegen ersuchend, trotz des geringen materiellen Zugeständnisses die idealen Erfolge nicht zu verkennen, sich der Vernunft gegenüber nicht ablehnend zu verhalten und den Tarif anzuerkennen. Es wäre zu wünschen gewesen, recht viele Kollegen hätten sich das vorzügliche Referat des Gehilfenvertreter Klein angehört, woraus sie erleben hätten, wie schwierig es war, die minimalen Zugeständnisse zu erreichen und die Verschlechterungsanträge der Prinzipale abzuwehren. Ein Antrag, von mehreren Mitgliedern der Opposition unterzeichnet, empfahl die Ablehnung des Tarifs. Nachdem noch verschiedene Redner sich für und gegen ausgesprochen, wandte sich Gewerkschafter Conradt in freilich Worten gegen die Ausführungen der Opposition, ausführend, daß, wenn auch das Ergebnis der Tarifverhandlungen, an den Wünschen der Nürnberger Generalversammlung gemessen, ein kärgliches sei, eine Ab-

lehnung doch nicht korrekt wäre. Nachdem noch der Vorsitzende im Schlußworte verschiedene Ausführungen des Kollegen Wehrle in scharfer Weise zurückgewiesen und teilweise richtiggestellt hatte, wurde der Antrag der Opposition abgelehnt und einer sich für Annahme des Tarifs erklärenden Resolution zugestimmt.

**Schweidnitz.** Eine am 7. Dezember zahlreich besuchte Versammlung nahm Stellung zu dem neuen Tarif und faßte folgende Resolution: „Die zahlreich besuchte Versammlung des Ortsvereins Schweidnitz verurteilt aufs schärfste das unsoziale Verhalten der Prinzipale. Die gewährte Zulage ist völlig unzureichend im Vergleiche zu den immer mehr steigenden Lebensmitteln und Verbrauchsartikeln. Wir nehmen nur unter dem Druck der jetzigen unglücklichen Wirtschaftsverhältnisse den Tarif an. Wir erwarten, daß unser Gehilfenvertreter sich die nächste Sitzung zu nutze machen werden, um eine bessere Bezahlung für die Gehilfen zu erreichen.“

### Verschiedene Eingänge

„Nichtstrahlen.“ Zeitschrift für Internationalen Kommunismus. Herausgegeben von Julian Wardard, Nr. 4 u. 5, 6. Jahrgang, 1920. Erscheint Mittels des Monats, Preis 1,20 Mk. Verlag der „Nichtstrahlen“, Berlin-Charlottenburg, Schöndorferstraße 1.

### Briefkasten

E. A. in G.: Werden im neuen Jahr bald Ihren Artikel in der gemühten Durcharbeitung bringen. Die letzte Nummer dieses Jahres ist mit Artikeln schon belegt und noch zu sehr mit Versammlungsberichten über Stellungnahme zum neuen Tarif in Anspruch genommen. — U. B. in A.: So ähnlich, wie Sie meinen, war es auch von mirer Seite beabsichtigt. Aber lo ging es eben nicht. Da der jetzige Vorlaut den Prinzipalen unangenehm ist (was aus der „Zeitschrift“ hervorgeht), hielt es wohl doch besser als nach Ihrer Ansicht. Auch haben wir ja schon in unserer Schlussrede ausgesprochen, daß immer noch Anlag getrieben werden kann. Dem ist durch Anrufung der Schiedsgerichte und eventuell noch notwendig werdende Artikel im „A.“ entgegenzutreten. — A. E. in St. G.: Bedinglich die Karte erreichte ihr Ziel. Grd. Grub. — G. W. in Wien: Wenden Sie sich bitte an den Kollegen Felix Wagner in Posen, Königsplatz 5. — E. A. in Gaargemünd: 55 Mk.

Verbandsnachrichten  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 511.  
Fernsprecher: Amt Kurflirt, Nr. 1191.

### Adressenänderungen

Wolke (Weich). Vorsitzender: A. Staub, Parothkestraße 57; Kassierer: R. Werner, Alleebrstraße 7. (Ort.) E. M. Freund, Große Gabelnstraße 20.  
Kernappeln. Vorsitzender: Wilhelm Reinhardt, Heinrichstraße 14; Kassierer: Otto Winkler, Steinstraße 12.

### Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):  
Im Gau Schleswig-Holstein der Schweizergenosse Goltbold Beutler, geb. in Wilsingfeld b. Nain 1900, ausget. in Weidenfeld (Mittelfranken) 1918; war noch nicht Mitglied. — Martin Präter in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

### Versammlungskalender

Berlin. Nächster engerer Generalversammlung Sonntag, den 2. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Jahnstraße 2.  
Baden. Nächster außerordentliche Bezirksversammlung Mittwoch, den 3. Januar, abends 6 1/2 Uhr, in Cafers Restaurant, Alte Heide- und Großhainer Straße.  
Wittlingen (Saar). Generalversammlung Sonnabend, den 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthaus Gabner. (Sitzung eine Zeilage.)

## Brandenburgischer Maschinenfehrverein

(Sitz Berlin)

Sonntag, den 2. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Ohmstraße 2.

### Generalversammlung

Tagessordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Jahresbericht des Vorstandes; 3. Rechnung des Vorstandes, der Revisoren und der Kommissionen; 4. Ausstellung von Kandidaten zur Zentralkommission; 5. Neuaufnahmen; 6. Verschiedenes. — Ausgabe der Jahresberichte.

Mitteltages, plunkilliges Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Sonntag, den 2. Januar, im Weißen Saale der „Neuen Welt“, Nafenheide 112/115.

## Feier des 20. Stiftungsfestes

befestend in Konzert, Gesang, Solovorträgen, Musik-Trio, modernen Tänzen usw. Einlaß 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Eintrittskarten zu 3 Mk. sind in der Generalversammlung zu entnehmen. Mitteltägigem Besuche steht entgegen Die Vergütungskommission.

Fahrverbindung: Straßenbahn I, V, C, R, 3, 5, 7, 10, 15, 21, 22, 27, 28, 29, 45, 46, 47, 48, 49, 53, 55, 58, 65, 89. [868]

Ein gesundes und glückliches Neujahr allen Freunden und Bekannten. Der

## „Alkohol“

wird auch im neuen Jahre jedem Drucker ein lieber Freund sein. Preis pro Liter 30 Mk. ab Fabrik.

Protokollendungen, für 2-3 Maschinen reichend, porto- und spesenfrei 12 Mk. Chemische Fabrik für Buchdr.-Bedarfsartikel Carl Eich, Leipzig-Sellerhausen.

## Ersten Akzidenzleher

suchen Tezner & Zimmer, Chemnitz. [869]

## Schriftgießereifaktor

langjährige Praxis, ausgeprägter Organisations, in allen Gächern der Gießerei vollständig firm, vorzüglicher Maschinenkennner, befähigt, auch dem größten Personal mit Umlicht und Licht vorzusetzen und den Betrieb in moderner, leistungsfähiger Weise zu leiten, Licht vor zu verändern. Prima Zeugnisse stehen zu Diensten. Best. Offerten unter K. Z. 820 an die Geschäftsstelle d. Bl.

## Typographischer

für A- und B-Maschine, gute Maschinenkennner, die kleinere Reparaturen selbst ausführen, bei hoher Entlohnung sofort gesucht. [836]

Verlag „Tribüne“, G. m. b. H., Mannheim, G 7, 25.

## russische Seher

Zwei tüchtige Seher suchen für sofort oder später Stellung als

Zeugnisse zur Verfügung. Angebote erdeten an Fr. Wauer, Erlangen, Nürnberger Straße 79. [860]

## Ihren gesamten Bücherbedarf

liefert Ihnen zu Originalpreisen

Verlag des B. V. d. D. B., GmbH, Leipzig, Salomonstraße 8, Fernruf 12789 - Postfachkonto 53430

## Gehregale und Kästen

sowie Formregale, Stregregale, Wachsliche, Wachsen und Farbanstriche, Schabreter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager [780]

Tezner & Moll, Düsseldorf, Grai-Adolf-Strasse 112 II.

## Typographiemaschinen

Erstklassige, Matrizen, usw. repariert schnellstens und preiswert. Monteur zur Verfügung. Erstklassige Referenzen. Carl Hermann, Leipzig-Connewitz, Webermannstraße 27. [305]

## Ihre Werkzeuge

die Sie für den Beruf benötigen. liefert Ihnen jederzeit

Verlag des B. V. d. D. B., GmbH, Leipzig, Salomonstraße 8 - Fernruf 12789 - Postfachkonto 53430

## Maschinenband

Friedensqualität, liefern Tezner & Moll, Düsseldorf, Grai-Adolf-Strasse 112. [349]

## Musikinstrumente

aller Art Garantiert für hervorragende Güte Max Dörfel, Klingenthal i. S. 15. Preisliste frei

## Singerqueisungen am Flegel

werden vermieden durch Rauds gel. gelb. Antegewerken. Bängenbeiben des Regens beim Anlegen unmisslich; aufkies. u. aufspannbar. 12 Stk. 18 Mk., 6 Stk. 7 Mk., 3 Stk. 3,80 Mk. postfrei. M. Rauch, Stuttgart, Hohenzollernstr. 9. 577] Postfachkonto 15612.

Bei Arbeitsmarkt- sowie kleineren Anzeigen wollen Inserenten der Portierparus wegen der Betrag gleich mit beifügen; bei Beträgen unter einer Mark Briefmarken, kein Stadtnotgeld. Geschäftsstelle des „A.“.

## Diplome für Verbands- und Arbeits-

schlichter, Gedendbücher für Opfer des Krieges empfiehlt A. Siegl, München 9.

## Weihnachtsangebot!

Meinen verehrlichen Kunden und Kollegen diene zur Kenntnis, daß ich den Verleihschein für die bismarck-herzoginische Zabakregale sowie für die Zuban-Gabrikate übernommen habe. Off. für Betriebe: „Bosnische Sport“, 100 St. 28,50 Mk., 100 St. 38, — „Zuban“ Nr. 25, 100 St. 23,50 Mk., als Progenium 100 St. 28,50 Mk. Ferner meine Hausmarke: „Gutenbergs“, A. 100 St. 19 Mk., B. 100 St. 27 „ C. 100 St. 32 „ [576]

Von 500 St. ab franko, von 1000 St. ab Preisermäßigung; bei größ. Bezug Spezialpreise. Zu nicht bringe meinen vorzlig. überlieferlichen Kaufschubek in drei Sorten: „Marie“, „Anton“, 23 Mk., „Geda“, 25 Mk., „Muske“, 27,50 Mk., in gel. Grönerung, ebenio meine große Ausw. in Zigartillos zu 32, 35, 40u. 45 Mk. Zabakwarenverand Bonius, München, Schwabhaierstraße 63.

## Kramphadern, Offene Beine, Hautflechten, Brandwunden, Frostschäden usw.

aller Art, auch ganz veraltete Leiden, namentlich juckende, nässende und sehr endgündl. Eingeweheilft, die künftige

## „Eridon-Anstalt“

DRB. angemeldet, gesetzlich geschützt. Erprob. an Unverschlussthäten. Zu haben in Apotheken und Drogerien, wo nicht, direkt bei dem Hersteller Dr. Strauß & Co., Berlin W 15, Althandstraße 146/c. Preis der Originaldose 12 Mk. gegen Voreinsendung franko, Nachnahme 1,50 Mk. mehr. Barbenlose, schmerzliche Verheilung! Größte Erleichterung schon bei erstmalig. Verwendung! Prospect kostenlos. [308]

Eingangsungen an den „A.“-Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61328

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Beitrag ist bei Bestellung gleich mit einzuschicken.

Beilage zu Nr. 149. — Leipzig, den 28. Dezember 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1919

Die Hochflut von Lohnbewegungen, die sich nach Ausbruch der Revolution über Deutschland ergoß, hat zu der Prägung des öfters angewandten Satzes geführt, die Revolution sei in eine allgemeine Lohnbewegung auszufließen. Wenn damit ausgedrückt werden sollte, daß für die Arbeiterklasse weniger die ideellen Erregungsmomente der Revolution als vielmehr das Streben nach materieller Besserung der Lebenslage, also egoistische Ziele, in Frage kamen, so kann eine solche Kennzeichnung der nach der Revolution eingetretenen Sturm- und Drangperiode nicht als sich haltend angesehen werden. Letzten Endes waren es doch tief in dem Wirtschaftsleben wurzelnde Ursachen, welche die Arbeiterklasse dazu trieben, eine höhere Entlohnung anzufordern. Schon vor Beendigung des Krieges besaß sich die deutsche Arbeiterklasse in einer gegen die Vorkriegszeit erheblich verschlechterten Lebenslage. Nach einer kurzen vorübergehenden Senkung der Warenpreise kam es dann im Laufe des Jahres 1919 zu einer unaufhaltsamen, sprunghaften Steigerung der Kosten der gesamten Lebenshaltung, die eine unbedenkliche Verelendung der Volksmassen zur Folge gehabt hätte, wenn dieser Aufwärtsbewegung der Preise nicht in dem gleichen aufsteigenden Tempo die Erhöhung des Lohnniveaus gefolgt wäre. Die Ursachen dieser anormalen Preisentwicklung lagen weniger in gestiegenen Produktionskosten, sondern sind den allgemeinen Wirtschaftsgesetzen zuzuschreiben, die nach einer Angleichung der Warenpreise in Deutschland an die auf dem Weltmarkt herrschenden drängten. Bei dem tiefen Valutastand unserer Mark, verursacht durch die Entwertung unseres Geldes, führte dieser Ausgleich zu einer gigantischen Erhöhung der Preisbildung in Deutschland, die uns zu einer völligen Abkehr von dem Geldwertbegriffe der Vorkriegszeit nötigte.

Diese Zustände lassen es müßig erscheinen, zu untersuchen, inwieweit die steigenden Löhne wieder auf die Erhöhung der Warenpreise zurückwirkten. Natürlich ist eine derartige Rückwirkung eingetreten, aber es ist ein Umding, die Lohnsteigerungen als erste oder gar alleinige Ursache der hohen Warenpreisbildung hinzustellen. Schließlich kommt es bei der wohlfeileren Herstellung der Waren nicht so sehr auf geringere Löhne als auf die Produktionshöhe an. Eine aufs höchste gesteigerte Produktionsfähigkeit, ausgeübt unter rationellster Anwendung der Naturkräfte und Ausbarmachung aller technischen Hilfsmittel, würde die wohlfeilste Herstellung der Waren gewährleisten, unbeschadet der Zahlung hoher, d. h. für eine gute Lebenshaltung ausgiebiger Löhne. Die Lebenslage des werktätigen Volkes ist trotz der „labelhaft steigenden Löhne“ im Vergleich zu der in der Vorkriegszeit als eine elende zu bezeichnen. Es ist nur zu wahr: das deutsche Volk ist durch den langjährigen Krieg verarmt, verelendet. Das gilt aber nur von dem Proletariat, der gelung und körperlich schaffenden Arbeiterklasse und ihrem Anhang. Über dieser steht eine Schicht, die in einem während des Krieges gesteigerten oder skrupellos auf Kosten der besitzlosen Masse ertarnten Reichtum badet und nichts von der Verarmung Deutschlands verspürt.

Für die wirtschaftlichen Bewegungen im Jahre 1919 ist es kennzeichnend, daß sie sich in den gleichen Berufen und Betrieben in rascher Aufeinanderfolge im Laufe des Jahres mehrfach wiederholten und sehr häufig sich nicht in dem Rahmen der sonst angewandten gewerkschaftlichen Taktik vollzogen. Als eine Hauptursache der letzterwähnten Erscheinung ist anzunehmen, daß die plötzlich erfolgte gewaltige Zustrom gewerkschaftlich nicht disziplinierter Massen zu den Organisationen. Sie bildeten über die alten Gewerkschaften das Übergewicht und drückten den Lohnbewegungen damit ihren Stempel auf. Alle durch die Revolution aus wirtschaftlicher Bedrückung des Arbeitsverhältnisses befreiten Arbeiterklassen folgten nun dem Drange, die erzwungene freiere Betätigung auch zur Besserung der Lebenslage abzunutzen und jahrelang erduldeten Unbill auszuweichen. In diesem Bestreben verband das Proletariat eine bis dahin nie gekannte Solidarität. Es waren Massenbewegungen in des Wortes vollster Bedeutung. Die Unternehmer wagten es nicht, diesem Massensturm scharfen Widerstand entgegenzusetzen, so daß die Lohnbewegungen trotz der ausgedehnten Arbeitslosigkeit und der im erheblichen Umfang nach Beendigung des Kriegszustandes eingetretenen Produktionsfortschritten zu großen Erfolgen führten. Unverkennbar war auch das Entgegenkommen der Unternehmer von dem Gedanken getragen, die beschränkte Aufbaumöglichkeit der Wirtschaft in Deutschland nicht durch schwere Arbeitskämpfe vollends zu zerstören. Sider war die Tätigkeit der aus der Kriegszeit übernommenen Schlichtungsinstanzen nach dieser Richtung eingeleitet. Trotzdem kam es auch zu Streiks in erheblichem Umfang, und auch das alte Kampfmittel des Unternehmens, die Aussperrungen, erlebte wieder seine Auferstehung. Aber im Vergleich zu den gesamten wirtschaftlichen Bewegungen machten die von Arbeitseinstellung begleiteten doch nur einen untergeordneten Teil aus.

Die schon in den letzten beiden Vorjahren beklagte Unvollständigkeit der statistischen Nachweise über Zahl, Um-

fang und Erfolg der wirtschaftlichen Bewegungen kommt auch bei der Statistik über 1919 überaus stark zur Geltung. Die 32 an der Statistik beteiligten Zentralverbände hatten im Jahre 1919 zusammen 26433 Bewegungen, die sich auf 42249 Orte, 349166 Betriebe mit 7986515 darin beschäftigten Personen erstreckten. An den Bewegungen waren beteiligt 7435709 Personen, darunter 1442115 weibliche — 19,4 Proz. der Gesamtzahl. Der Anteil der weiblichen Beteiligten ist gegen das Vorjahr um 9,6 Proz. zurückgegangen. Die im Jahre 1919 eingetretene Hochflut an Bewegungen fällt völlig aus dem Rahmen der bisherigen Entwicklung heraus und dürfte wohl mit ihren anormalen Begleiterscheinungen ihresgleichen nicht wieder finden. Gegenüber dem Jahre 1918 ergibt sich ein Mehr von 15574 Bewegungen und 4996052 Beteiligten.

Bei der Gegenüberstellung der Zahlen fällt sofort die im Jahre 1919 erfolgte starke Steigerung der Bewegungen mit Arbeitseinstellung ins Auge. Von den gesamten Bewegungen nahmen 22769 = 86,1 Proz. mit 6671249 Beteiligten = 89,7 Proz. der Gesamtzahl einen friedlichen Verlauf und 3664 = 15,9 Proz. führten zu Arbeitseinstellungen, von denen 764460 Personen, darunter 103363 weibliche, betroffen wurden. Bis auf wenige Fälle waren alle ohne Arbeitseinstellung verlaufene Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders zur Erreichung von Lohnerhöhungen, unternommen. Nur bei 237 Bewegungen mit 13095 Beteiligten handelte es sich um Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Von den 3664 Bewegungen, die zu Arbeitseinstellungen führten, war der überwiegende Teil, und zwar 3378 mit 636665 Beteiligten, Angriffsstreiks. In 2899 Fällen lagen ihnen Lohnforderungen, in 300 Fällen Forderungen auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit und in 33 Fällen nur die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit zugrunde; 146 Streiks entstanden aus sonstigen Ursachen. Daß die zur Erreichung einer verkürzten Arbeitszeit geführten Streiks nur eine geringe Minderheit ausmachten, ist auf die gezielte Einführung des Achtstundentags zurückzuführen, wodurch ein altes Kampfmittel der Gewerkschaften erreicht wurde. Abwehrstreiks fanden 226 statt, an denen 59787 Personen beteiligt waren. In 83 Fällen wurden sie durch Mahregelungen und in 60 Fällen durch Lohnreduzierungen verursacht. In 13 weiteren Fällen wurde gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit und in zwei Fällen gegen den verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft. Aus sonstigen Ursachen entwickelten sich 68 Streiks. Aussperrungen wurden von den Unternehmern in 60 Fällen unternommen, die 68008 Personen, darunter 23747 weibliche, in Mitleidenschaft zogen. In 31 Fällen waren Forderungen der Arbeiter, in 13 Fällen die Nichtannahme einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und in 9 Fällen Streiks die Veranlassung zu den Aussperrungen. In weiteren 7 Fällen handelte es sich um andre Ursachen.

Von einzelnen Verbänden sind in ihrer Statistik auch die Streiks gezählt, die von ihnen nicht selbst geführt wurden, sondern an denen sie nur durch streikende Mitglieder mitbeteiligt waren. So hat der Verband der Maler 201 und der Verband der Zimmerer 205 solcher Fälle in die Verbandsstatistik mit aufgenommen. Beide Verbände verzeichnen auch eine erhebliche Anzahl Streiks mit unbekanntem Ausgang, die sich in der Hauptsache auf die Fälle der Mitbeteiligung beziehen. Es ist anzunehmen, daß auch noch andre Verbände solche Streiks zählten, ohne es durch Anmerkungen hervorzuheben.

Die Durchführung der gesamten Bewegungen verursachte den beteiligten Zentralverbänden eine Gesamtausgabe von 38882375 Mk. Davon kommen auf die Arbeitskämpfe 37142771 Mk. Die Angriffsstreiks erforderten 34819528 Mark, die Abwehrstreiks 836044 Mk. und die Aussperrungen 1137109 Mk. Kosten.

Von den gesamten Bewegungen wurden 25914 durch Vergleichsverhandlungen beigelegt. Davon 2641 durch Verhandlungen zwischen den einzelnen Unternehmern und ihren Arbeitern, 20556 zwischen Vertretern der beteiligten Organisationen, 1172 vor dem Einigungsamt oder dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts und 1545 vor dritten Personen oder Zivilbehörden.

Trotzdem das Jahr 1919 in wirtschaftlicher Beziehung der erfolgreichsten Durchführung von Forderungen der Arbeiterklasse so ungünstig wie nur möglich war, sind die Ergebnisse der Bewegungen gleich hervorragend günstig wie die in den beiden Vorjahren, die erzielt wurden bei einer starken Produktionsanpannung und großem Bedarf an Arbeitskräften.

Die Zusammenfassung der Erfolgsfiguren aller Bewegungen stellt sich folgendermaßen dar: Es endeten 21591 = 81,7 Proz. (1918: 79,9) erfolgreich und 4413 = 16,7 (19,5) Proz. teilweise erfolgreich. Es waren beteiligt an den erfolgreichen Bewegungen 5593313 Personen = 75,2 Proz. (62,9) und an den teilweise erfolgreichen Bewegungen 1631822 Personen = 22,6 Proz. (36,2). Erfolgrlos blieben 171 Bewegungen mit 19147 Beteiligten. In 243 Fällen mit 139279 Beteiligten wurde der Ausgang nicht bekannt und 25 Bewegungen (Streiks) mit 2330 Beteiligten waren am Jahreschlusse nicht beendet. Der Vergleich der Erfolgsfiguren mit denen des Vorjahrs zeigt, daß der Anteil der erfolgreichen

Bewegungen höher, dagegen der der teilweise erfolgreich verlaufenen geringer ist als 1918. Die Zahl der ohne Erfolg gebliebenen Bewegungen war gleich wie im Vorjahr unbedeutend. Die relativ hohe Zahl der Bewegungen, deren Ausgang unbekannt blieb, erklärt sich aus der mangelhaften Berichterstattung. Bei den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung sind die Erfolgsfiguren günstiger als bei allen Bewegungen zusammengezogen, die beeinflusst werden durch die etwas geringeren Erfolge der Streiks. Es endeten von den friedlich verlaufenen Bewegungen 18900 = 83 Proz. mit 5201786 Beteiligten = 78 Proz. erfolgreich und 3854 Bewegungen = 16,9 Proz. mit 1358748 Beteiligten = 20,4 Proz. teilweise erfolgreich. Der Ausgang der Streiks war in 2660 Fällen = 74,3 Proz. mit 381933 Beteiligten = 55 Proz. erfolgreich und in 538 Fällen = 15 Proz. mit 280134 Beteiligten = 40,4 Proz. teilweise erfolgreich. Von den Angriffsstreiks blieb der Ausgang in 234 Fällen unbekannt. Auch über den Ausgang von fünf Aussperrungen, von denen 13387 Personen betroffen wurden, liegen keine Angaben vor. Soweit wie über die Aussperrungen berichtet wurde, endeten 31 mit 9412 daran beteiligten Personen mit einem völligen Misserfolge der Unternehmer, 21 mit 42940 Beteiligten weisen einen teilweise Erfolg auf und nur in 3 Fällen hatten die Unternehmer mit diesem Mittel einen vollen Erfolg.

Die durch die Bewegungen erzielten Resultate an Lohnerhöhungen können in keinen Vergleich mit denen, die in früheren Jahren erreicht wurden, gestellt werden. Sie haben eine enorme Höhe angenommen, doch haben die Summen nicht die Bedeutung, die sie früher besaßen. Aber trotzdem kann man sagen, daß das Maß an erzwungener Lohnverbesserung alles bisher Dagewesene weit übertrifft, selbst dann, wenn unsere Papiermark nach dem Auslandsverwert veranschlagt wird. Die Lohnnennungen des Jahres 1919 haben auch insoweit eine viel weitgehendere Bedeutung, als der an den Lohnverbesserungen beteiligte Personenkreis einen gewaltigen Umfang hat. Es wurden durch die Bewegungen für insgesamt 7257038 Personen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt. Es erreichten 797825 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von zusammen 6129465 Stunden, 6470960 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 144337487 Mk. pro Woche und 4761819 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Im Durchschnitt kommt auf jede Person eine Arbeitszeitverkürzung von 7 1/2 Stunden und eine Lohnerhöhung von 22,31 Mk. pro Woche.

Gegenüber dem gewaltigen Maß an Erreichtem fällt das, was durch die Bewegungen außerdem an Verschlechterungen abgewehrt wurde, kaum ins Gewicht. Es wurden abgewehrt für 837 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 3851 Stunden und für 17984 Personen eine Lohnkürzung von 264657 Mk. pro Woche. Mahregelung von Personen wurden in 119 Fällen, verlangter Austritt aus der Organisation in 4 Fällen und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in 163 Fällen für 17680 Personen abgewiesen.

Bei den Bewegungen kam es in 11501 Fällen zum Abschluß von Tarifverträgen, die zusammen für 4600879 Personen Geltung hatten. In 10543 Fällen erfolgte der Abschluß bei Bewegungen ohne Arbeitseinstellung für 4308226 Personen.

Der überwiegendste Teil der Erfolge wurde durch die friedlich verlaufenen Lohnbewegungen, also auf dem Verhandlungswege, erreicht.

Im Interesse der Wissenschaft ist es ungemein bedauerlich, daß die Ergebnisse der wirtschaftlichen Massenbewegung des Proletariats nicht völlig zu erfassen waren. Wegen der ganz besonderen zeitgeschichtlichen Umstände, wie sie das Jahr 1919 kennzeichnen, wird dieses jedenfalls in der Geschichte der wirtschaftlichen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse für immer eine überragende Stellung einnehmen. Möglich, daß die Resultate der im Jahre 1920 erfolgten Bewegungen sich noch denen des Berichtsjahres nähern. Doch schon mehrten sich die Anzeichen, daß die weitere Aufwärtsbewegung der Lohnsätze auf größere Widerstände stößt, die nun zu überwinden sind. Es bricht die Zeit an, wo die Gewerkschaften gewappnet sein müssen zu härteren Kämpfen gegen das Unternehmertum, die nur mit Erfolg zu führen sind in einer festgeschlossenen Einheitsfront aller Kopf- und Handarbeiter.

## Arbeitslosigkeit und Siedlungsfrage

Unter den vielen Vorschlägen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit nimmt die Frage der Ansiedlung industrieller Arbeiter auf dem Land und ihre Überführung in den landwirtschaftlichen Betrieb einen breiten Raum ein. Aber auch hier, wie in so vielen andern Fragen, stößt die praktische Durchführung dieser Aufgabe auf so erhebliche Schwierigkeiten, daß ihre Lösung keine so leichte ist, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Wenn die Siedlung eines industriellen Arbeiters zur landwirtschaftlichen Tätigkeit hängt nicht lediglich von dem guten Willen desselben ab, es ist auch eine Reihe von Vorkenntnissen notwendig, die nur durch eine entsprechende Schulung zu erlangen sind. Es muß daher jeder, der sich

mit dem Gedanken der Siedlung vertraut machen will, auch die Frage reiflich prüfen, ob er über die dazu gehörigen Vorkenntnisse verfügt, denn nur so werden sich Enttäuschungen und Rückschläge vermeiden lassen, die lediglich geeignet sind, den an sich gesunden Gedanken der Siedlung in Mißkredit zu bringen.

Es muß aber, da im allgemeinen diese Vorkenntnisse nicht vorhanden sein werden, die Möglichkeit geboten oder geschaffen werden, dieselben zu erlangen. Gerade die fehlende Gelegenheit zu einer zweckdienlichen Vorbereitung für die Siedlerfähigkeit ist es wohl hauptsächlich — neben den Fragen der Landbeschaffung und der finanziellen Hilfe —, warum die Ansiedlung von Arbeitslosen, die durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch als Folgeerscheinung des verlorenen Krieges keine Aussicht mehr haben, in industriellen Betrieben eine Existenz zu finden, so wenig erfolgversprechend erscheint. Hier müssen Mittel und Wege gefunden werden, die diesen Mangel beseitigen. Ein Weg dazu wäre die Umwandlung von Domänen in Wirtschaften und Anstalten, auf denen industrielle Arbeiter in mindestens einjähriger Tätigkeit die für ihren späteren Siedlerberuf unbedingt erforderlichen Kenntnisse erwerben könnten. Wenn ich dabei an unsere Berufsangehörigen denke, wird wohl zugegeben werden müssen, daß eine derartige Vorbereitung für jeden, der sich diesem Gebiete zuwenden will, eine zwingende Notwendigkeit ist. Denn Idealismus und Hingabe an den neuen Beruf sind Momente, die leichter die Schwierigkeiten der beruflichen Umstellung ertragen lassen, die aber nicht ausfallschlagend sind für eine erfolgreiche Siedlerfähigkeit.

Die Kosten dieser Vorbereitungen müssen aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge bestritten werden, da ja durch die sachgemäße Einflüßung in den neuen Wirkungskreis dem Volksganzen wertvolle Kräfte zugeführt werden, die mit zur Wiederaufrichtung unserer zusammengebrochenen Wirtschaft beitragen.

Nicht nur die Frage der Ausbildung industrieller Arbeiter für die Ansiedlung auf dem Land überhaupt, sondern auch die Zusammenlegung solcher Siedlungsgemeinschaften ist von grundlegender Bedeutung für eine erspriehliche Siedlerfähigkeit. Es erscheint auf keinen Fall ratsam, Siedlungen mit nur städtischen Arbeitern zu errichten. Für die Entwicklung solcher Gemeinschaften wird es förderlich sein, wenn neben industriellen Arbeitern mit entsprechender Vorbildung auch landwirtschaftliche Arbeiter herangezogen werden, die gewissermaßen das Gerippe einer solchen Siedlungsgemeinschaft bilden könnten.

Das Zusammengehen beider Arbeiterkategorien könnte erreicht werden durch Errichtung einer Zentrale, in der alle Siedlungsbestrebungen, die sich in den Gewerkschaften geltend machen, zusammengefaßt und einer sachgemäßen Lösung zugeführt würden. Für eine derartige Zentrale erscheint mir der Landarbeiterverband als die geeignetste. Von einer solchen Stelle aus könnten dann alle Erfahrungen der ganzen Frage gesammelt, die Landbeschaffung und die Beschaffung finanzieller Hilfe in wirksamer und zweckdienlicher Weise geregelt werden. Daß natürlich gewerkschaftliche Gelder in derartigen Siedlungen nicht festgelegt werden können, ergibt sich aus der Höhe der dabei in Frage kommenden Summen wohl von selbst.

Kommen wir zu einer derartigen Zusammenfassung aller Bestrebungen auf diesem Gebiete, dann wird auch die Siedlungsfrage ihren Teil dazu mit beitragen, die Arbeitslosigkeit und ihre verheerenden Folgen zu vermindern.

Berlin-Steglitz.

Georg Bösch.

## Die Karenztage

Die Klagen über die Karenztage der Ortskrankenkassen wollen nicht verstummen, ja, sie werden allmählich beweglicher. Und doch ist es eigentlich verhältnismäßig leicht, sie von der Bildfläche verschwinden zu lassen, zumal jetzt, wo die gesetzliche Mußvorschrift für die Krankenkassen, nur die Minimalleistungen zu gewähren, wieder aufgehoben ist. Ein gangbarer Weg zum Ziele wäre der, daß man die zu wählenden Ausschubvertreter vor ihrer Wahl sowohl innerhalb ihrer eigenen Organisation als auch im Gewerkschaftskartell, das ja in der Regel die Wahltagkassen in allen mittleren und größeren Städten betreibt, verpflichtet, für die Aufhebung der Karenztage zu wirken. Dabei wäre allerdings eine gewisse Vorfrist nötig.

Alle drei Karenztage mit einem Schläge zu beseitigen, würde für viele Kassen zur Katastrophe führen, daher kann der Abbau nur schrittweise erfolgen. Man beseitigt durch Ausschubbeschlüsse erst den dritten Karenztage, sollte die Kasse sich auf den pekuniären Ausfall erst richtig einstellen und schreibt dann zur Aufhebung des zweiten Karenztages. Ob es sich empfiehlt, auch den dritten Karenztage später zu beseitigen, ist mehr wie fraglich. Bildet er doch die einzige Schutzmauer gegen die Annäherung von momentaner Arbeitslosigkeit oder gegen den blauen Montag, der besonders in der Zeit vor dem Striege, wo der Alkohol nach unterm heutigen Maßstabe fabelhaft billig war, von den Krankenkassen sehr gefürchtet wurde. Um aber dem wirklich Kranken auch diesen letzten Karenztage zukommen zu lassen, könnte man beschließen, daß auch er nachzahlen ist, falls die Erkrankung eine Woche oder länger währt. Auf diese Weise kämen sowohl die Kasse wie der Patient zu seinem Rechte. Mit einer gesetzlichen Beseitigung der Karenztage ist nicht zu rechnen, sind sie doch gerade zum Schutze der Kassen geschaffen worden. Also bleibt nur der Weg der Selbsthilfe, den die Beteiligten allerorts beschreiten sollten.

Der Vorsitz der Kollegen Bierich, den Arbeitgebern zwei Drittel der Beiträge aufzubürden, kommt etwas

post festum. Heute, wo die Reichsversicherungsordnung einen Erntemerkmalen bildet, wo ihre Schlingel, die Invaliden, Witwen und Waisen sowie die Unfallrentner, verhungern, noch Palliativmaßnahmen anwenden zu wollen, verlohnt sich wirklich nicht der Mühe. Was uns nottut, ist eine das ganze werktätige Volk umfassende Volksversicherung, der alle Arbeiter, Angestellten, Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten angehören und deren Mittel durch direkte Steuern von der ganzen Bevölkerung aufgebracht werden. Die Versicherung hätte sich zu erstrecken auf Krankheit, Invalidität, Alters-, Witwen- und Waisenversorgung sowie Arbeitslosigkeit. Alle Unterschiede, wie sie heute noch bestehen zwischen der Invalidisierung eines Arbeiters und eines Beamten, ebenso zwischen Beamten- und Arbeiterwitwen und -waisen, müssen verschwinden und für alle ein möglichst gleichmäßiges Existenzminimum geschaffen werden. Durch die Einführung einer direkten Steuer nach dem Einkommen würden auch diejenigen zu den Unkosten herangezogen, die heute weder selbst arbeiten noch Arbeiter beschäftigen. Die Berufsgenossenschaften würden überflüssig, denn der Unfallverletzte fällt mehr oder weniger unter den Begriff der Invalidität, die Scherereien der Arbeitgeber mit den Ortskrankenkassen vermieden, ebenso die Auseinandersetzungen der Arbeiter mit ihren Arbeitgebern wegen des Mindestlohns von Invalidenmarken.

Was sonst noch erspart würde durch die Zusammenlegung der vielen zur Zeit nebeneinander bestehenden Verwaltungen läßt sich noch gar nicht übersehen. So arbeitet z. B. die Angestelltenversicherung heute teurer als die Invalidenversicherung. Eine höhere Befassung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wäre nicht zu befürchten, denn beide Teile entrichten ja heute schon diese Steuer, nur in anderer Form. Dasselbe gilt auch für die Beamten.

Also, Kollege Bierich, kein Pfäffchen auf die Reichsversicherungsordnung, sondern hinab mit ihr in den Drusus! Wiesbaden.

F. G.

## □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Peter Stautner †.** Vom Zentralkomitee des Schweizerischen Typographenbundes in Bern ging uns am Freitagabend die Trauerbotschaft von dem am 21. Dezember erfolgten Tode des Kollegen Stautner zu, des Sekretärs des Internationalen Buchdruckersekretariats. Nach kurzer Krankheit schied er im Alter von 65 Jahren dahin, nachdem er in diesem Jahr erst von Stuttgart nach Bern übergesiedelt war, wo sich wieder der Sitz des Internationalen Sekretariats befindet. Kollege Stautner wurde im Jahre 1856 in Webersweiler in Lothringen geboren und trat 1871 in Straßburg in die Lehre. Nach Beendigung seiner Lehrzeit konditionierte Stautner mehrere Jahre in Nancy und Saarburg, um 1881 nach Paris überzusiedeln, wo er bis 1894 verblieb. Dann zog es ihn nach der freien Schweiz; hier saßte er in Bern festen Fuß, sich lebhaft am Organisationsleben beteiligend. Von Ende 1896 ab gehörte der nunmehr Vorsitzende der Ausschusskommission des Internationalen Buchdruckersekretariats an, das seit Ende 1893 seine Tätigkeit in Bern entfaltet, bis es 1909 nach Stuttgart verlegt wurde. Nach dem Tode des Kollegen Siebenmann übernahm Kollege Stautner am 1. Januar 1902 den Posten des Internationalen Sekretärs, den er bis an sein Lebensende bekleidete. Alle, die während dieser langen Zeit mit ihm in nähere Berührung kamen, wird die Nachricht von seinem unerwarteten Hinscheiden mit Trauer erfüllen. Die Geschäfte der Buchdruckerinternationalen wird mit Stautners Namen eng verknüpft bleiben.

**Nachahmenswerte Beispiele.** Die Buchdruckerei der „Stolberger Zeitung“, B. Vinzen in Stolberg (Rheinland), zahlte den Gehilfen zu Weihnachten eine Wirtschaftsbeihilfe von je 250 Mk., nachdem vor einigen Wochen schon eine solche von 100 Mk. gewährt worden war. In die Lehrlinge kam auch eine dementsprechende Beihilfe zur Auszahlung. — Die Papierwarenfabrik und Handelsdruckerei Karl Schmidt in Leipzig gewährt ihrem Personal nach einjähriger Betriebszugehörigkeit eine Weihnachtsgabe von 75 bis 200 Mk. — Die Buchdruckerei W. Jannusch & Co. („Volkstimme“) Magdeburg bewilligte ihrem Personal als Wirtschaftsbeihilfe eine wöchentliche Zulage von 10 Mk. bis 31. März 1920 und außerdem für jedes Kind 25 Mk. als Weihnachts-geschenk. — Die Firma Rob. Rohde („Zettler Kreisblatt“) in Berlin, Nühofstraße, gewährt ihrem gesamten Personal eine Weihnachtsgratifikation (allen über 18 Jahre alten Betriebsangehörigen 100 Mk., allen unter 18 Jahre alten 60 Mk.), und zwar ohne jede Karenz. — Das technische Personal der Hausdruckerei des Verlags für Börsen- und Finanzliteratur, Aktiengesellschaft in Berlin W 35, erhielt zu Weihnachten je 200 Mk., nachdem bereits Mitte September jeder eine Wirtschaftsbeihilfe von 300 Mk. erhalten hatte.

**Für reisende Kollegen.** In Meiningen (Meier) erhalten die durchreisenden Kollegen freies Nachtquartier und Frühstück. Die Anweisungen werden in der dortigen Hofmannschen Druckerei ausgegeben.

**Offene Stellen für schwerkriegsbeschädigte Gehilfen.** In Mannheim kann ein schwerkriegsbeschädigter Seher als Korrektor Stellung finden; Eignung dafür Bedingung. Ebenso wird in Tilsit ein schwerkriegsbeschädigter Seher verlangt. Anmeldungen beim Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

**Berufung der Arbeiterkammer des graphischen Gewerbes im vorläufigen Reichswirtschaftsrate.** Bekanntlich hat auf der Nürnberger Generalversammlung untes Verbandes der Umfand, daß in dem „Vorläufigen Reichswirtschaftsrate“ die gesamte graphische Arbeiterkammer nicht direkt als Industriegruppe, sondern nur durch zwei Territorialvertreter (Buchbinder und Lithographen) vertreten ist, in Verbindung mit einem diesbezüglichen Antrage des Kollegen Ebel zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt, worüber auf den Seiten 28 und folgenden des Protokolls der Generalversammlung das Nähere nachzulesen ist. Der gegen nur wenige Stimmen in Nürnberg angenommene Antrag Ebel hat folgenden Wortlaut: „Die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Nürnberg hat mit dem lebhaftesten Bedauern davon Kenntnis genommen, daß im neugegründeten Reichswirtschaftsrate die Arbeiterkammer des graphischen Gewerbes keinerlei Vertretung erhalten hat. Die Generalversammlung fordert, daß auch den Arbeitern des für das Wirtschaftsleben so außerordentlich wichtigen graphischen Gewerbes eine Vertretung im Reichswirtschaftsrate zugebilligt wird.“ Diese Forderung ist nur erfüllt worden, indem am 13. Dezember d. J. unser Verbandsvorsitzender, Kollege Seif, als Mitglied dieser wichtigen Körperschaft, und zwar als Vertreter der Arbeiterkammer des graphischen Gewerbes, berufen wurde. Zwei Tage später, am 15. Dezember, hatte dann Kollege Seif auch schon Gelegenheit, für die Interessen des graphischen Gewerbes gelegentlich einer Aussprache im Reichswirtschaftsrat über die Einberufung eines Ausschusses für Holz- und Forstwirtschaft einzutreten; worauf wir demnächst noch eingehender zurückkommen werden.

**Neue Berechnungsgrundlage für die Unfallrenten.** In einer seiner letzten Sitzungen nahm der Reichsrat einen Gesetzentwurf über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung an. Bisher war bestimmt, daß der 1800 Mk. übersteigende Jahresverdienst nur zu einem Drittel angerechnet wurde. Diese Summen haben die Ausschüsse des Reichsrats erhöht auf 7500 Mk. Ursprünglich hatte die Regierung nur eine Berordnung geplant, der Reichsrat hat die Form eines Gesetzentwurfs gewählt.

**Krankenkassen und Ärzte.** Der Allgemeine Deutsche Krankenkassenrat, der am 2. Dezember in Berlin versammelt war, forderte gegenüber den bekannten Bestrebungen der Ärzte nachdrücklichsten Schutz der Krankenkassen durch die Gesetzgebung nach folgenden Grundrissen: „1. Die Vorzugsstellung der Ärzte muß beibehalten werden. Sobald bei den Kassen die ärztliche Versorgung gefährdet ist, müssen die Kassen ohne weiteres berechtigt sein, an Stelle der ärztlichen Behandlung eine Parafassung zu gewähren. In Verbindung hiermit ist der § 80 der Reichsversicherungsordnung dahin abzuändern, daß die Ärzte, wenn sie die Behandlung übernehmen, verpflichtet sind, Versicherte zu den Mindestkosten der amtlichen Gebührentabelle für Ärzte zu behandeln. 2. Zur Verbesserung der Krankenbehandlung muß den Krankenkassen insbesondere die Errichtung von ärztlich geleiteten Behandlungsstellen (Ambulatorien u. dgl.) erleichtert werden. 3. Die Zulassung der Ärzte zur Kassentätigkeit muß nach dem Grundgeden der Bedarfsdeckung geregelt werden. Die Kassen dürfen nicht aus Rücksicht auf ärztliche Erwerbs- und Berufsinteressen gezwungen werden, mehr Ärzte zuzulassen, als zur guten Behandlung der Kranken erforderlich sind. Durch die von dem Ärzteverbande geforderte schrankenlose Zulassung der Ärzte zur Kassentätigkeit wird der ungelunde Zudrang zum Arztberufe nur gefördert. 4. Zur Förderung eines gedeihlichen Zusammenwirkens sind Schiedsausschüsse bei den Versicherungsämtern, Schiedsämter bei den Oberversicherungsämtern und ein Zentralschiedsamt beim Reichsarbeitsministerium zu errichten. Die gebliche Lage der Kassen ist infolge der gewaltigen Verteuerung aller Fürsorgeleistungen bedrohlich. Da aber die Höhe der Kassenausgaben von den Ärzten ausschlaggebend beeinflusst wird, richtet der Allgemeine deutsche Krankenkassenrat an Reichsregierung und Reichstag die dringende Bitte, die Arztfrage unverzüglich auf obiger Grundlage zu ordnen.“ Diesen Forderungen der Krankenkassen stellte der Deutsche Ärzteverband auf seiner Tagung am 18. Dezember in Leipzig folgende Richtlinien für die zukünftige Abänderung der Allgemeinen Versicherungsordnung gegenüber: „1. In die Zwangskrankenversicherung sind alle wirtschaftlich Schwachen aufzunehmen. 2. Versicherungsrecht und Versicherungspflicht enden mit einem bestimmten Jahresinkommen bzw. einem bestimmten Jahresarbeitsverdienste. 3. Für alle diese Personen ist die Familienversicherung einzuführen. 4. Den Versicherten und ihren Angehörigen muß die Wahl des Arztes grundsätzlich freigestellt werden. 5. Die Organisationen der Krankenkassen und Ärzte bilden a) Arbeitsgemeinschaften zur Erledigung aller gemeinsamen Angelegenheiten und zur Förderung der sozialen Gesetzgebung und der Gesundheitspflege; b) Einigungsausschüsse zur Vereinbarung der Bedingungen für die kassenärztliche Tätigkeit; c) örtliche Schlichtungs- und Schiedsinstanzen zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten bei Vertragsverhandlungen; d) ein Reichsschiedsgericht zur Revision von Schiedsgerichtsentscheidungen.“

## Verschiedene Eingänge

„Sozialistische Monatshefte.“ Herausgeber Dr. F. Bloch. alle 14 Tage ein Heft. Seit 24. 1920. 26. Jahrgang. 55. Band. Einzelheft 4,50 Mk. Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, G. m. b. H., Berlin W.

„Die Gladi.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Varus. Nr. 33-35. 6. Jahrgang. 2. Band. Preis 1,50 Mk. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68.